

# Politische Berichte

**Zeitschrift für sozialistische Politik**



- **SPD bleibt beim „Fördern & Fordern“ – keine Antwort auf die Zerklüftung der Arbeitsmärkte – Seite 4**
- **Türkei eskaliert Krieg gegen PKK und Nordirak – Seite 7**
- **„Wohnen trotz Hartz IV“ – Veranstaltung der Linken Liste Mannheim – Seite 12**
- **Daimler AG: Betriebsräteversammlung kritisiert Personalpolitik – Seite 16**
- **Nur eine sozial gerechte Stadt ist eine zukunftsfähige Stadt! – Seite 19**

**Ausgabe Nr. 22 am 2. November 2007, Preis 1,80 €**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung  
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

**Herausgegeben vom:** Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNNVerlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles. Die Mitteilungen der „ARGE Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Halbjahres/Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 27,30/54,60 €, Sozialabo: 23,40/46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## „Zentrum gegen Vertreibung“ beschlossen

FAZ, 27.10., scc. Unmittelbar nach den Wahlen in Polen hat sich die große Koalition auf ein Konzept für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ geeinigt. Demnach wird eine Stiftung ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum im ehemaligen „Deutschland-Haus“ in Berlin, 500 m vom Potsdamer Platz gelegen, betreiben. Diese Stiftung soll unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums, einer von der BRD getragenen GmbH, als unselbständige Einrichtung gegründet werden. Für die Planung werden 2008 1,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Noch in diesem Jahr wird das Bundeskabinett einen entsprechenden Beschluss fassen. Damit hat sich der „Bund der Vertriebenen“ mit seiner Forderung, dass das Zentrum in staatlicher Verantwortung liegt und staatlich finanziert wird, praktisch durchgesetzt. Bundestagsvizepräsident Thierse, der die Verhandlungen für die SPD führte, kommentierte die Entscheidung mit der Aussage, der „Bund der Vertriebenen“ sei an dem Projekt nicht beteiligt, und insbesondere Frau Steinbach werde keinen Sitz in den Gremien erhalten. Die erste Aussage hat er gleich zurücknehmen müssen, und die zweite sehen andere Beteiligte ganz anders. So oder so wird der „Bund der Vertriebenen“ an der konzeptionellen Ausarbeitung wie am Betrieb des Zentrums maßgeblich beteiligt sein.

Die Geschichte solle nicht umgeschrieben werden, versuchte Kanzlerin Merkel die Kritik aus Polen und Tschechien zu beschwichtigen, um sodann zu bekräftigen: „Wir verwechseln nicht Ursachen und Wirkung, wenn wir der Vertriebenen gedenken und daran erinnern, dass es die Vertriebenen besonders hart traf in den Folgen des Nationalsozialismus.“ Wen es „besonders hart traf in den Folgen des Nationalsozialismus“, wird man außerhalb Deutschlands mit Sicherheit anders sehen. Die Partei Die Linke hat erklärt, dem Zentrum nicht zuzustimmen.

## Demonstrationen am 6. November gegen Vorratsdatenspeicherung

www.vorratsdatenspeicherung.de Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ruft unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Für die Grundrechte!“ zu bundesweiten Demonstrationen am 6. November 2007 auf, um die von der Koalition geplante Vorratsdatenspeicherung noch in letzter Minute zu stoppen. In dem Aufruf heißt es: „Anlass für die Demonstrationen ist die Abstimmung des Deutschen Bundestags am 9. November über den Gesetzesentwurf zur Neugestaltung der Telekommunikation“

„Überwachung. Das Gesetz soll ab 2008 für Sicherheitsbehörden rückblickend über 6 Monate nachvollziehbar machen, wer wann mit welchen Adressen das Internet genutzt hat und wer mit wem per Telefon oder E-Mail Kontakt hatte, bei Handy-Nutzung einschließlich des Standorts. Diese Pläne der Regierungskoalition zur Aufzeichnung von Informationen über die Kommunikation, Beziehungen, Bewegung und Mediennutzung jedes Bürgers stellen die bislang größte Gefahr für unser Recht auf ein furchtloses, selbstbestimmtes und privates Leben dar. Wir fordern die Abkehr von diesem verfassungswidrigen Generalangriff auf Bürgerrechte und Datenschutz in Deutschland. Deshalb rufen wir alle Bürger auf, am 6. November von 17 bis 19 Uhr mit friedlichen Protesten vor Rathäusern und Regierungsgebäuden für unsere Grundrechte einzutreten. Die Kundgebungen knüpfen an die Berliner Großdemonstration vom 22. September an, welche mit 15.000 Teilnehmern die größte Bürgerrechtsdemonstration seit der deutschen Wiedervereinigung war. Wir wollen die Unverhältnismäßigkeit einer totalen Protokollierung jeglicher Telekommunikation nun in vielen deutschen Städten deutlich machen und appellieren an die Bevölkerung, mit ideenreichen Aktionen, Reden und schweigenden Mahnwachen die Einhaltung des Grundgesetzes von unserer Regierung einzufordern.“

## Exklusion aus dem Wirtschaftssystem – Studie Verbraucherinsolvenz

iwd, 24.10., scc. Die Arbeitsgruppe „Soziale Ungleichheit und Überschuldung“ an der TU Chemnitz ist aufgrund einer Befragung bei Personen, die 2005/2006 ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet haben, zu folgenden Aussagen gekommen: Die Schuldsummen der 1.600 Personen, die den Fragebogen zurückgeschickt haben, liegen zwischen 1000 und mehr als einer Million Euro, die meisten Betroffenen haben Schulden zwischen 10.000 und 20.000 Euro. Den Schuldsummen steht ein mittleres Haushaltsnettoeinkommen von 1.200 Euro gegenüber. Als Hauptursache diagnostizierte die Studie: Arbeitslosigkeit (42,8%), „Überblick verloren“ (37,3%) und „Trennung und Scheidung“ (36,4%). Als Folgen gaben die Befragten vor allem Kontopfändung, Lohn- und Gehaltspfändungen sowie den Verlust des Kontos an. 22% gaben außerdem an, durch ihre finanziellen Schwierigkeiten auch Probleme am Arbeitsplatz bekommen zu haben, 20% nannten als Folge der prekären Finanzsituation Trennung und Scheidung. Die Studie zeigt zwar einerseits, dass Überschuldung in allen Bevölkerungsgruppen vorkommen, so

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: [www.gnn-verlage.com](http://www.gnn-verlage.com)

bei Personen mit und ohne Berufsausbildung. Doch liegen die Einkommen der Haushalte im Insolvenzverfahren häufig unter der 50%-Armutsschwelle, oft beziehen die Betroffenen ALG II; „Langzeitarbeitslosigkeit und die daraus folgende Armut ist einer der zentralen Dreh- und Angelpunkte zum Verständnis des Problemkreises“, so ein Projektmitarbeiter. Überproportional sind vor allem auch Haushalte von Alleinerziehenden betroffen. 80% der Betroffenen konnten überhaupt keine Zahlungen an die Gläubiger leisten. Schlussfolgerung der Soziologen: „Nullinsolvenzen und Stundung der Verfahrenskosten sind nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall und sollten bei eventuellen weiteren Novellierungen der Insolvenzordnung entsprechende Beachtung finden.“ Die sozialen Folge der Überschuldung, der Ausschluss aus dem Wirtschaftssystem, wirkt nachhaltig: Obwohl fast alle Befragten die Insolvenzordnung als Chance für sich bezeichneten, gaben fast 38% auch nach Durchlaufen des Verfahrens an, dass sie sich nicht als Teil der Gesellschaft sehen. Das, obwohl der Studie zufolge in den betroffenen Kreisen Freunde und Familie eine überdurchschnittlich große Bedeutung haben.

## EU will gegen China Vormachtstellung in Afrika sichern

*networld.at, 29.10., hav.* Die EU führt zur Zeit Freihandelsverhandlungen mit verschiedenen Ländern Afrikas. Das Ziel sind „EPAs“ (Economic Partnership Agreements), die bis Ende des Jahres die alten WTO-widrigen Verträge mit den Exkolonien ersetzen und Europas Vormachtstellung in Afrika ausbauen sollen. Die EPAs sind Europas Antwort auf Chinas Einfluss in Afrika. Sie sollen die europäische Vormachtstellung sichern. Afrikas Anteil am Welthandel beschränkt sich zwar auf drei bis vier Prozent, doch die sind strategisch bedeutend. Afrika liefert – bisher fast exklusiv kontrolliert von den ehemaligen Kolonialmächten – billig Rohstoffe wie Kaffee, Kakao, Baumwolle und Metall und nimmt aus Europa Fertigprodukte und Lebensmittel ab. Eine lokale Verarbeitungsindustrie konnte sich nie entwickeln, die Armut steigt stetig. „Die EPAs sollen lokalen Unternehmen mehr Chancen bieten, neue Investitionen anziehen und starke regionale Märkte aufbauen“, erklärt etwa EU-Entwicklungscommissionar Louis Michel, der mit einem 22-Milliarden-Dollar-Entwicklungsfoonds für die Jahre 2008 bis 2013 lockt. Doch die afrikanischen Staaten haben entweder – so es sich um ölreiche Diktaturen handelt – schon mit China Verträge abgeschlossen. Oder sie haben Zweifel, ob mehr Freihandel wirklich mehr Entwicklung bringen wird. „Ein Freihandelsabkommen mit der EU zu

schließen ist wie ein Rennen zu eröffnen, in dem wir zu Fuß laufen und die EU Auto fährt: Es ist klar, wer gewinnen wird“, sagt Eric Dombou, senegalesisches Direktoriumsmitglied der Global Young Greens, der derzeit durch Europa fährt, um gegen die EPAs zu mobilisieren.

## Eurostat: Interessante Studien über die soziale Lage

*www.ec.europa.eu/eurostat, hav.* In ihrer Reihe „Statistik kurz gefasst“ findet man in den Ausgaben 99 und 98/2007 interessante Materialien über die soziale Lage in der EU. Die Ausgabe sind als pdf herunterladbar. **1. Sozialschutz in der Europäischen Union:** 2004 machten die Sozialschutzausgaben in der Europäischen Union 27,3% des BIP aus. Allerdings ist der Anteil in manchen Ländern mehr als doppelt so hoch wie in anderen. Die Ausgaben sind in Schweden am höchsten (32,9 %) und in Lettland am niedrigsten (12,6 %). In den meisten Ländern wird ein Großteil der Sozialleistungen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung aufgewendet. Auch die Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung sind in der EU-25 im Zeitraum 2000 bis 2004 gleichmäßig gestiegen (um durchschnittlich 3,8 % im Jahr). Die Systeme zur Finanzierung des Sozialschutzes unterscheiden sich von einem Land zum anderen deutlich, wobei einmal die Sozialversicherungsbeiträge (59,5 % der Gesamteinnahmen auf EU-25-Ebene im Jahr 2004) und ein andermal die staatlichen Zuweisungen (37,3 %) im Vordergrund stehen. Es sind jedoch Anzeichen für eine Annäherung der Systeme erkennbar. **2. Männer und Frauen in unfreiwillig befristeten Beschäftigungsverhältnissen:** 2005 hatten fast 15 % der weiblichen und etwa 14 % der männlichen Arbeitnehmer in der EU-25 einen befristeten Arbeitsvertrag. Viele dieser Beschäftigten arbeiteten nicht absichtlich, sondern unfreiwillig in befristeten Arbeitsverhältnissen – weil sie keine Daueranstellung finden konnten. Im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe von „Statistik kurz gefasst“ stehen diese Frauen und Männer – ihre relative Zahl, ihr Alter, ihre Verteilung auf verschiedene Wirtschaftszweige und Berufe und die typische Laufzeit ihrer Arbeitsverträge.

## Initiative mit Hürden

rog. Als vertrackte Angelegenheit hat sich eine Initiative der europäischen Kommission erwiesen. Im Oktober 2005 legte sie einen Richtlinienentwurf für die bessere Übertragbarkeit von Zusatzrentenansprüchen vor. Damit sollte die Mobilität der Beschäftigten gefördert werden und Voraussetzungen für Zusatzrentenansprüche angeglichen

werden. Der Entwurf sah ein Mindestalter von 21 Jahren vor und die Wartezeit für den Erwerb von Ansprüchen sollte ein Jahr nicht überschreiten. Vor allem mit Blick auf die Mobilität sollten Unverfallbarkeitsfristen von maximal zwei Jahre festgelegt werden. Alle diese Überlegungen stießen auf Kritik aus den verschiedensten Lagern. Der Deckungsgrad von Betriebsrenten variiert von 0,6% in Polen bis zu etwa 75% in Schweden. Vor allem Vertreter bestehender Systeme mit guter Ausstattung fürchten den Ausstieg aus den freiwilligen Systemen, wenn die Kommissionsvorhaben umgesetzt würden. Bei Anwartschaftszeiten von zehn Jahren und einem Mindestalter von 30 Jahren in der BRD ist diese Haltung wohl nachvollziehbar, aber auch eine echte Hürde. Nach Beratungen im Europäischen Parlament hat die Kommission am 9. Oktober einen geänderten Entwurf vorgelegt. Darin sind Aussagen zur Unverfallbarkeit durch die Regelung der Auszahlung von eingezahlten Beiträgen ersetzt worden. Das Mindestalter bleibt bei 21 Jahren und die Wartezeiten sind auf maximal fünf Jahre bzw. ein Jahr bei über 25-jährigen Beschäftigten begrenzt. Zu erwarten ist aber eher noch eine weitere Verwässerung.

## EU kritisiert Staatshilfe für Flughafen München

*FAZ, 29.10., hav.* Die EU-Kommission prüft derzeit eine Beschwerde wegen möglicherweise unzulässiger Zahlungen des Flughafens München an verschiedene Fluggesellschaften. Die Flughafen München GmbH gewährt ihnen danach bei Langstreckenflügen einen „Marketingzuschuss“ für die Treibstoffkosten in Höhe von bis zu 25 Euro je 1000 Liter Kerosin. Gesellschafter des Flughafens München sind das Land Bayern mit 51 Prozent, der Bund mit 26 und die Stadt München mit 23 Prozent. In einer Mitteilung an die EU-Kommission, gesteht die Bundesregierung ein, seit 1994 seien zunächst 50 DM, zuletzt 14 Euro je 1000 Liter Treibstoff gezahlt worden. Die Zahlungen, die sich auf rund sechs Millionen Euro im Jahr summieren, seien mit dem Winterflugplan 2006/2007 beendet worden. Allerdings gebe es seither eine neue, in der Berechnung vereinfachte „diskriminierungsfreie“ Förderung der Fluglinien mit Langstreckenangeboten. Die Bundesregierung rechtfertigte die Zuschüsse mit einem Standortnachteil. Wegen eines fehlenden Binnenhafens sowie fehlender Pipeline-Verbindungen zu den Nordseehäfen hätten die Luftfahrtunternehmen in München seit jeher höhere Preise für Kerosin zahlen müssen. Mitte der 90er Jahre hätten mehrere Airlines mit Abwanderung gedroht. Dies sei durch die Zahlungen abgewendet worden. **Zusammenstellung: alk**

# SPD bleibt beim „Fördern & Fordern“ – keine Antwort auf die Zerklüftung der Arbeitsmärkte

Die Wochen vor dem Hamburger Parteitag waren geprägt von einer innerparteilichen Auseinandersetzung, in der es vordergründig um die Dauer der Zahlungen der Arbeitslosenversicherung an Ältere ging, tatsächlich aber eine Auseinandersetzung mit der SPD-Devise vom Fördern & Fordern geführt wurde. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist: es bleibt dabei. Der Staat soll Arbeitskräfte, die der Wirtschaftsprozess als untauglich angesteuert hat, nicht solidarisch auffangen, sondern zur Änderung ihres Angebots anstacheln, indem man ihnen herbe materielle Entbehrungen auferlegt.

Die Gegenvorstellung zu dieser brutalen Lehre bestünde in einer Politik, die davon ausgeht, dass die ausgesteuerten Bürgerinnen und Bürger eine sozial gesicherte Plattform brauchen, von der aus sie ihre Chance suchen können. Dem wird entgegengehalten, dass sich die Leute auf einer solchen Plattform untätig einrichten würden. Dagegen spricht die soziale Erfahrung der Bundesrepublik. Es ist unumstößlich

bewiesen, dass in einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaft die Bürgerinnen und Bürger die Erwerbsarbeit vorziehen. Es gab nun einmal die Zeit der Vollbeschäftigung der sechziger Jahre. Die Daten liegen also vor.

Die SPD ist aber auf den Abweg der sozialen Diskriminierung keineswegs aus bösem Willen, Torheit oder dergleichen abgeglitten. Sie ist vielmehr durch eine Änderung der gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen in diese Richtung gedrängt worden.

Machen wir einen Rückblick auf die Ausgangslage 1959, zur Zeit der Verabschiedung des „Godesberger Programmes“ mit seiner Devise „Wohlstand für alle“ und des daran anschließenden Höheflugs der SPD.

Die SPD ging damals von einer voraussichtlich lange andauernden Phase des wirtschaftlichen Wachstums in der gesamten kapitalistischen Welt aus, die in der BRD und weltweit mit der Umwandlung bäuerlich/ländlich geprägter Lebensverhältnisse in industriell/städ-

tische einherging. Diese Umwälzung ging mit einer enormen Ausweitung der industriellen Produktion einher, sodass der Masse der lohnabhängigen Bevölkerung eine erheblich wachsende Masse von Gebrauchsgütern zur Verfügung stand. Die Arbeitskämpfe, durch die diese Güter verfügbar gemacht wurden, standen unter dem ökonomisch günstigen Stern des Arbeitskräftemangels, politisch-ideologisch spielte die Systemkonkurrenz zu den staatssozialistisch organisierten Gesellschaften eine erhebliche Rolle, dies insbesondere in der BRD.

Die Härten der industriell organisierten körperlichen Arbeit wurden für wachsende Teile der Bevölkerung durch einen Prozess der Umschichtung von körperlicher Arbeit in Dienstleistungen und technisch steuernde Arbeiten gemildert. Der Anteil schulisch bzw. wissenschaftlich vorgebildeter Arbeitskräfte sollte jahrzehntelang wachsen.

Die Gesamtheit dieser Veränderungen erzeugt neben einer Fülle lebenspraktisch wichtiger Chancen für den Einzel-

Dokumentiert: Kurzfassung des Hamburger Programms der SPD

## Die wichtigsten Ziele für Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Das Hamburger Programm der SPD ist das erste und einzige Programm einer deutschen Partei, das eine politische Antwort auf die Globalisierung entwirft. Die SPD ist die erste und einzige Partei in Deutschland und Europa, die auf der Grundsatzebene eine politische Antwort auf die Globalisierung entwickelt hat. Das Programm ist damit modern und zukunftstauglich.

### Politische Antwort auf die Globalisierung

Zum einen will die SPD auf europäischer und internationaler Ebene die Demokratie stärken und mehr Gerechtigkeit durchsetzen. Der wirtschaftlichen Globalisierung muss eine politische Globalisierung folgen. Der globale Kapitalismus braucht soziale und demokratische Spielregeln. Zum anderen sollen im eigenen Land – zum Beispiel durch eine vorsorgende Sozialpolitik – die Weichen so gestellt werden, dass auch unter den Bedingungen der Globalisierung Menschen gleiche Lebenschancen haben. Das unterscheidet die SPD von anderen Parteien. Sie leugnet die Globalisierung nicht, aber sie unterwirft sich ihr auch nicht. Ihre Überzeugung ist: Die Globalisierung ist gestaltbar.

### Grundwerte bleiben die feste Basis

Die Grundwerte bleiben für die Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nachhaltigkeit ist das

Prinzip ihres Handelns. Andere Parteien spielen die Grundwerte nicht selten gegeneinander aus: Je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Ihr Verständnis der Grundwerte bewahrt die SPD davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.

Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angesichts von Globalisierung und ökologischer Krise, wird Nachhaltigkeit als das einzige vernünftige Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns betrachtet. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet: Von der Zukunft her denken; dem Prinzip der Kurzfristigkeit widerstehen und ebenso der Dominanz des Ökonomischen; von der Idee der Gesellschaft her die Politik konzipieren und demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle Teilhabe als Leitideen sozialdemokratischer Politik verstehen.

### Friedliche Weltordnung braucht starke Institutionen

Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eine friedliche und gerechte Weltordnung. Das soziale Europa soll ihre Antwort auf die Globalisierung werden. Sie setzt auf die Stärke des Rechts, um das Recht des Stärkeren zu überwinden. Die SPD ist eine Friedenskraft. Darum ist es ihr Anliegen, die politischen Institutionen in Europa und der Welt zu stärken und zu demokratisieren. Die Europäische Union muss eine handlungsfähige Friedensmacht sein. Sie muss sich auf ihre Stärken konzentrieren: Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten.

Leitbild der SPD ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer Europäischen Verfassung. Mehr europäische Demokratie wagen, lautet das Motto.

Neben die Wirtschafts- und Währungsunion soll die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten. Die deutschen Sozialdemokraten wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, sich aber mit den anderen Mitgliedstaaten auf einen sozialen Stabilitätspakt verstündigen.

Angestrebgt wird darüber hinaus eine starke UNO: Die UNO-Vollversammlung und die Stellung des UN-Generalsekretärs müssen nach Ansicht der SPD gestärkt werden. Sie begrüßt den Welthandel, will aber die internationalen Institutionen so umbauen, dass die Entwicklungsländer faire Chance haben. Dazu gehört ein Globaler Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, für den sich die SPD einsetzt.

### Wettbewerb mit sozialen und ökologischen Spielregeln

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands arbeitet für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint. Sie entzieht sich dabei nicht dem internationalen Wettbewerb. Aber sie setzt auf soziale und ökologische Spielregeln. Durch qualitatives Wachstum sollen Armut und Ausbeutung überwunden, Wohlstand und gute Arbeit für alle ermöglicht und dem bedrohlichen Klimawandel begegnet werden.

Die Industriepolitik soll ökologisch ausgerichtet werden. Der Staat kann und soll die Märkte nicht ersetzen.



Protest vor dem SPD-Parteitag

nen und die Nachkommen auch eine spezifische Gerechtigkeitsvorstellung. Die inneren Gegensätze zwischen den Klassen und Schichten der Gesellschaft konnten in einer Entwicklungshoffnung aufgehoben werden, die allgemein

war. Allen würde es im Lauf der Zeit immer besser gehen. Eine solche Entwicklung, wenn sie wirklich eintritt und über solche Fristen hin stabil bleibt, die biografisch prägend sind, verbindet die Gesellschaft so, dass die Vorstellung des

Aber er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Ziel der SPD ist ein solares Energiezeitalter. Deshalb treibt sie den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen Energien voran. Wo die Finanzmärkte lediglich kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige Wachstumsstrategien und damit Arbeitsplätze. Die Sozialdemokraten in Deutschland wollen Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.

Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt erklärt Ziel der Sozialdemokraten. Die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind grundlegend für die Soziale Marktwirtschaft. In einer zunehmend europäisierten Wirtschaft gilt es, insbesondere Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene entschlossen auszubauen.

#### Für gleiche Lebenschancen

Mit einem vorsorgenden Sozialstaat sollen die Menschen gestärkt und gleiche Lebenschancen für alle durchgesetzt werden. Ziel der SPD ist der vorsorgende Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert. Vorsorgende Sozialpolitik fördert Existenzsichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention.

Die SPD steht für Gute Arbeit – also Arbeit, die gerecht entlohnt wird, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbene Qualifikationen nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Ver-

einbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Um Sicherheit und Flexibilität zu verbinden und Sicherheit im Wandel zu gewährleisten, soll eine moderne Arbeitszeitpolitik entwickelt und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umgestaltet werden. Die soziale Sicherung soll am Bürgerstatus ausgerichtet werden. Die paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlten Beiträge bleiben die Grundlage der Sicherungssysteme. Sie sollen ergänzt werden durch eine höhere und gesicherte Steuerfinanzierung, die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt.

Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor allem Bildung und Familie. Deshalb will die SPD bessere Bildung für alle durchsetzen und Familien stärken. Jeder Mensch hat das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule.

#### Zusammenhalt stärken

Die deutsche Sozialdemokratie setzt auf die Stärken der solidarischen Bürgergesellschaft. Sie tritt ein für eine Kultur der Anerkennung. Mit der Gestaltungskraft demokratischer Politik soll der Zusammenhalt in Deutschland gestärkt, Zugehörigkeit und Heimat ermöglicht werden. Die SPD will in Deutschland eine Kultur der Anerkennung fördern: Die Menschen sollen in gegenseitigem Respekt vor der Würde, der Kultur und der Leistung ihrer Mitmenschen zusammenleben.

Nicht alle Lebensbereiche dürfen dem Markt und dem globalen Wettbewerb ausgesetzt werden. Der demokratische Rechts- und Sozialstaat, unterstützt und begrenzt durch die Zivilgesellschaft, ist verantwortlich für das, was nicht zur Ware werden darf: Bildung, Kultur, Sicherheit vor Verbrechen, soziale Sicherheit.

Einzelnen, seine Lage werde sich von heute auf morgen und übermorgen hin verbessern, Vorrang hat und nicht der Blick auf die besseren Lebensumstände anderer.

#### Die Entstehung der Besserverdienenden

Ende der achtziger Jahre zersetzt sich diese idyllische Gedankenwelt. Im öffentlichen Bewusstsein tauchen die „Besserverdienenden“ als Maßstab auf. Was war geschehen? Im Rückblick wird erkennbar, dass für die verschiedenen Bereiche der industriellen Berufswelt die Entwicklung unter verschiedenen Vorzeichen verläuft. Während es einem nicht geringen Teil vor allem der technisch-wissenschaftlich Ausgebildeten „besser“ geht als „je“ zuvor, geht es einer inzwischen sehr großen Masse mindestens nicht besser und oft sogar schlechter als zuvor.

Damit zerbricht die gesellschaftliche Logik, die eine vielleicht unterschiedlich schnelle, aber doch allgemeine Vorwärtsentwicklung hervorgebracht hatte. Es ist aber genau diese Logik, die das Bindemittel der sozialdemokratisch bestimmten sozialen Gebilde ausmacht, es handle sich ums Parteileben, um die Handhabung der öffentlichen Angelegenheiten oder um die sozialdemokratisch bestimmten Einheitsgewerkschaften, die diesem Prozess der „Entsolidarisierung“ am längsten widerstanden, aber jetzt davon praktisch angegriffen

Ziel ist es, die Demokratie zu stärken. Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Darum unterstützt die SPD kommunale Selbstverwaltung, verbessert ihre Qualität und vergrößert ihre Organisationsfreiheiten.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderung hat das Land wirtschaftlich und kulturell bereichert. Sie wird weitergehen, und die Sozialdemokraten wollen die Gesellschaft darauf vorbereiten. Gebraucht werden mehr qualifizierte Einwanderer. Die SPD ist für den Dialog zwischen den Kulturen. Er dient dem inneren und äußeren Frieden, aber auch der Integration. Wenn friedliche Globalisierung gelingen soll, wird eine Kultur der Anerkennung gebraucht, die der Ausgrenzung von Minderheiten und ebenso der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenwirkt.

#### Politik für die solidarische Mehrheit

Die SPD wirbt für eine solidarische Mehrheit in Deutschland. Viele Menschen wollen eine bessere und gerechtere Gesellschaft. Sie engagieren sich in Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Kirchen, sozialen Bewegungen und Netzwerken.

Als Volkspartei bindet die Sozialdemokratie Menschen, die sich aus eigener Interessenlage oder aus politischer Einsicht und optimistischer Haltung zur politischen Gestaltbarkeit der Verhältnisse für deren Werte und Ziele einsetzen. Die Mehrheit will ein solidarisches Deutschland.

Diese solidarische Mehrheit will die SPD für ihre Politik gewinnen. Mit ihrem neuen Programm formuliert die SPD den politischen Führungsanspruch in Deutschland.

[www. parteitag.spd.de/servlet/PB/menu/1730812/index.html](http://www. parteitag.spd.de/servlet/PB/menu/1730812/index.html)

werden. Bekanntlich schlägt sich die Gerechtigkeitsvorstellung, die eine Gewerkschaft zusammenhält, in der differenzierten Tarifskala nieder, die für die verschiedenen Berufsgruppen einer Branche abgeschlossen wird. In den Jahrzehnten des Arbeitskräftemangels war es möglich, dem Skandal der schlechten Einkommen für allerschwerste Arbeit durch überproportionale Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Bereich entgegenzuwirken. Eine solche Politik wurde von den Beschäftigten, die „besser“ verdienten, durchaus toleriert.

Inzwischen haben sich für die verschiedenen Segmente einer Belegschaft entgegengesetzte Arbeitsmarktbedingungen ergeben. Die Marktpreise driften unter verschiedenen Vorzeichen: minus, wo es schon wenig ist, plus, wo es viel ist.

Versucht man eine solche Bewegung in einen Tarifvertrag zu pressen, entsteht eine Logik, die zentrifugal wirkt. Wenn z.B. beim Lohnkostenanteil am Krankenhaus die Notierung für ärztliches Personal plus ist und für die anderen minus ist, so entsteht unvermeidlich der Eindruck einer ungerechten Verlagerung der Lohnkosten. Ein solcher „Umverteilungsprozess“ kann nicht mehr als Gerechtigkeitsvorstellung gefasst werden. Wo er einsetzt, wird die Spaltung der Organisation unvermeidlich. So beobachten wir in den letzten Jahren zunehmend die Tendenz der Zergliederung der Einheitsgewerkschaft.

Die SPD-Politik des Förderns und Forderns versucht die Kluft, die zwischen den verschiedenen Segmenten des Arbeitsmarktes besteht, aufzufangen durch Anstacheln von Anstrengung derjenigen, die abzusinken drohen oder auch tatsächlich absinken.

Weil diese Politik vergeblich ist, erscheint sie ungerecht, und weil sie von Staats wegen durch Vorenthalten von Leistungen und damit durch die Gewaltmittel einer Verwaltung vorangetrieben wird, scheint die Beteiligung der SPD an der Führung der Staatsgeschäfte als Gift.

Es zeichnet sich in den letzten Monaten ab, dass die konjunkturelle Erholung diese Entwicklungen unter umgekehrten Vorzeichen vielleicht abschwächen, aber nicht strategisch umkehren wird. Infolgedessen bleibt es bei einer Tendenz zur Losreißung ganzer sozialer Schichten von der neuen SPD.

#### **Eine neue Logik der sozialen Gerechtigkeit**

Bislang ist die Hauptfolge der Zersetzung der SPD die Entstehung der Partei Die Linke, aber diese Partei hat, jedenfalls im Westen, die Verluste der SPD nicht ausgleichen können, sie ist weit davon entfernt. Das Problem der Linken ist, dass die gewaltigen ökonomischen Kräfte, die zu den oben angesprochenen

gegensätzlichen Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten geführt haben, auch von den Betroffenen gefühlt werden, und Reden, die so tun, als ließen sich die alten Zeiten wiederherstellen, obsolet machen.

Versucht man, aus den sozialen Auseinandersetzungen der Jetzzeit eine logische Struktur zu gewinnen, so müsste man an dem Tatbestand der sozialen Kooperation ansetzen. Insbesondere im Zusammenhang mit den individuellen, biografisch gegebenen sozialen Risiken wären jene Gesetze und Verträge vorzuziehen, die den Kooperationszusammenhang der gesamten Gesellschaft, zwischen den Altersgruppen, den Geschlechtern, der verschiedenen Zweigen beruflicher Arbeit wahren und Ausgrenzung vermeiden.

Die Politik des „Förderns und Forderns“ hat unter diesem Blickwinkel den entscheidenden Fehler, dass sie den Ausschluss aus der gesellschaftlichen Operation als Drohmittel benutzt und, ganz praktisch gesprochen, die Aufangssysteme für Zwischenfälle der Wirtschaftsentwicklung so schwach anlegt, dass das Angebot, das die Betroffenen der Gesellschaft machen können, mit jedem Jahr, das sie in dieser Lage zubringen müssen, schwächer wird. Besonders makaber ist, dass diese konkrete Situation sich über den Generationswechsel auf die Nachkommenschaft überträgt, deren Angebot an die Gesellschaft ebenfalls schlechter ausfällt.

*Martin Fochler; Alfred Küstler*

#### **RAV: Mitteilung im Fall Andrej H.**

## **Konstruktion von Verdacht aufgrund von Gesinnung**

Der Berliner Soziologe Andrej H. saß im August unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a Abs. 2 Nr. 2 StGB) für drei Wochen in Untersuchungshaft. Danach wurde er von dem Vollzug der Untersuchungshaft verschont. In seinem am 24. Oktober veröffentlichten Beschluss hat der Bundesgerichtshof nun festgestellt, dass die Voraussetzungen für den Erlass eines Haftbefehls fehlten, die „aufgedeckten Indizien“ sprächen nicht hinreichend deutlich für eine Einbindung in die „militante Gruppe“, sondern ließen sich ebenso gut in anderer Weise interpretieren. Es besteht lediglich ein Anfangsverdacht.

Der RAV erklärt zu diesem Vorgang: So erfreulich die Entscheidung des Bundesgerichtshofes ist, so erschreckend ist die Tatsache, dass Herr H. aufgrund eines „Anfangsverdachts“ drei

Wochen in Haft gehalten wurde. Der „Anfangsverdacht“ ist gegeben, wenn die Möglichkeit einer strafbaren Handlung besteht. Ein Haftbefehl darf nur erlassen werden, wenn eine hohe Wahrscheinlichkeit der Täterschaft oder Teilnahme besteht („dringender Tatverdacht“).

Die das Verfahren betreibende Generalbundesanwältin Harms – immerhin seit 33 Jahren in der Justiz tätig und selbst sieben Jahre Vorsitzende am Bundesgerichtshof – behauptete Ende August angesichts der Presseveröffentlichungen (z.B. FR v. 31.8.2007 „Neun Worte – ein Terrorverdacht“), der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erlasse keine Haftbefehle nur aufgrund von wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Der Beschluss des BGH hat diese Behauptung widerlegt.

Das Erfassen des Unterschieds zwischen einem „Anfangsverdacht“ und einem „dringenden Verdacht“ gehört zu den einfachen Dingen der Rechtswissenschaft. Um den Verdacht gegen Herrn H. zu erhärten, wurden fast ein Jahr sein Telefon abgehört, sein Handy geortet, seine E-Mails gelesen und die Eingänge seines Wohnhauses gefilmt. Herausgekommen ist für den BGH ein „Anfangsverdacht“. Wenn gleichwohl mit dem schärfsten strafprozessual zur Verfügung stehenden Mittel vorgegangen worden ist, wenn – wie man jetzt sagen muss – der dringende Verdacht eine schlichte Erfindung des BKA und der Generalbundesanwaltschaft war, ist dies Willkür. Es ist die Konstruktion von Verdacht aufgrund der Gesinnung.

Der RAV sieht sich ferner zu folgendem Hinweis veranlasst:

Die Ermittlungen wurden im Fall Andrej H. vom Bundeskriminalamt geführt. Im Zuge der 2006 verabschiedeten „Föderalismusreform“ sind dem Bundeskriminalamt neue Kompetenzen bei der „Terrorismusbekämpfung“ zugewachsen (Art. 73 Abs. 1 Ziff. 9a GG). Zur Ausgestaltung dieser Kompetenzen hat Bundesinnenminister Schäuble im Juli den „Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des Internationalen Terrorismus durch das BKA“ vorgelegt, der massiv gegen das 1949 von den Alliierten vorgegebene Trennungsgebot verstößt. Die strikte Trennung zwischen präventiver geheimdienstlicher und verfolgender Polizeitätigkeit ist eine Lehre aus der Zeit des deutschen Faschismus und soll verhindern, dass jemals wieder Menschen wegen eines vagen, unbewiesenen Verdachts der Geheimpolizei festgehalten und verfolgt werden.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass im Fall Andrej H. – in Vorwegnahme der im Gesetzesentwurf neu definierten Begehrlichkeiten – genau dies passiert ist. *Berlin, den 25. Oktober 2007*  
*Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V.*

# Türkei eskaliert Krieg gegen PKK und Nordirak

Seit Tagen gehen Bilder und Berichte von einer bevorstehenden türkischen Invasion in den Nordirak und einer zu Pogromstimmung gegen Kurden ausartenden nationalistischen Mobilisierung in der Türkei durch die Medien.

Nach den Parlamentswahlen und der Präsidentenwahl in der Türkei sah es noch danach aus, dass sich die türkische Regierung vorsichtig dem kurdischen Problem in der Türkei näherte. Die pro-kurdische DTP ist im Parlament in Fraktionsstärke vertreten, die regierende AKP hatte in den kurdischen Gebieten von den Menschen in der Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung die Stimmenmehrheit bekommen, der neue türkische Präsident Gür reiste durch die kurdischen Provinzen und verbreitete dort Hoffnung. Aber die Regierung hatte schon während des Wahlkampfs den türkischen Nationalismus bedient und die Waffenruhe der PKK abgelehnt sowie dem Nordirak gedroht, keinen kurdischen Regionalstaat und keine kurdische Ölregion Kirkuk zu dulden.

Die türkische Militärführung entfaltete Druck auf die Regierung Erdogans, sie erklärte die Grenzgebiete zum Irak zum militärischen Sperrgebiet und schickte Tausende von Soldaten in Gefechte mit der PKK, bombardierte das irakische Grenzgebiet und führte gemeinsam mit dem Iran militärische Operationen durch.

So wurde wieder einmal die Chance auf eine Kehrtwende in der kurdischen Frage in der Türkei vertan. Die regierende AKP hat sich ganz zwischen Nationalismus und Militär verfangen.

In den kurdischen Provinzen der Türkei stehen mittlerweile an die 100.000 Soldaten im Dauereinsatz gegen die PKK, vertreiben aufs Neue die Bauern aus ihren Dörfern, begehen regelrechte Massaker wie zuletzt bei der Ermordung von 12 Menschen in Beytüşebap. An der türkisch-irakischen Grenze setzt sich der Aufmarsch der Armee fort. Weitere 150.000 Soldaten mit Panzern, Kanonen, Kampfhubschraubern usw. sind in dem Grenzgebiet konzentriert und stoßen immer wieder in den Nordirak vor. Laut PKK gab es innerhalb der letzten Zeit 485 militärische Operationen der türkischen Armee in der Türkei, im Iran und im Nordirak.

Die für die Türkei mit mindestens 30 bis 40 getöteten und acht gefangenen türkischen Soldaten verlustreichen Gefechte mit der PKK an der Grenze bei Hakkari und im Raum Sirnak nahmen Militär und Regierung endgültig zum Anlass, ihre Invasionsthreat gegen den Nordirak durch einen Parlamentsbeschluss abzusegnen. Ein Jahr lang gibt das Parlament demnach freie Hand für einen Überfall auf den Nordirak. Die Regierung Erdogan entfaltete in den

letzten zwei Wochen diplomatische Aktivitäten in Bagdad, Washington, London, bei der Nato und der EU in Brüssel gegen den Irak und die dortige kurdische Regionalregierung. Ihre Forderungen sind eindeutig: sofortige Zerschlagung der Aktivitäten der PKK im Nordirak, Auslieferung von 150 benannten PKK-Funktionären sowie mehrerer Funktionäre der KDP und irakischer Parlamentsabgeordnete – darunter der Sohn des kurdischen Regionalstaatspräsidenten Masud Barzani. Erdogan und andere Mitglieder seiner Regierung erklärten, dass sie ein kurdisches Kirkuk mit den großen Ölfeldern und damit einen aus eigener Kraft lebensfähigen kurdischen Regionalstaat nicht akzeptieren werden. Weiter kündigte die türkische Regierung eine Wirt-

Nordirak bekämpfen. Sie versetzten ihrerseits ihre Peschmerga-Einheiten in Alarmzustand. An Auslieferung von PKK-Funktionären werde auch nicht gedacht. Der Türkei empfahlen sie eine friedliche Lösung des Konflikts und riefen auch die PKK zur Waffenruhe auf.

Barzani sagte in einem Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 29.10.: „Sie wollen den Konflikt mit der PKK unbedingt mit einem Krieg lösen. (...) Dabei gebe Ankara den Kurden im Irak auch keine andere Möglichkeit, einen anderen Weg aus dem seit 23 Jahren andauernden Konflikt zwischen der türkischen Armee und der PKK-Guerrilla zu finden. Der Türkei sei es bisher nicht gelungen, die PKK militärisch zu besiegen.“ „Auf unser Drängen hin wurde vor einem Jahr ein Waffenstill-

stand erklärt. Wer hat den Waffenstillstand gebrochen? Wenn es die PKK gewesen wäre, hätten wir keine andere Position als die Türkei. Aber unsere Untersuchungen haben ergeben, dass es die türkische Seite war.“ „Einerseits wollten die türkischen Generäle die gemäßigte Regierung von Erdogan unter Druck setzen. Anderseits sei ihnen die starke Autonomie der irakischen Kurden ein Dorn im Auge. Es geht ihnen vor allem um die Region Kurdistan.“

Der amerikanische Oberbefehlshaber Mixon im Irak erklärte, dass es nicht die Aufgabe der amerikanischen Armee sei, die PKK zu jagen. Die US-Außenministerin Rice und Präsident Bush vereinbarten mit der türkischen Regierung einen Beratungstermin am 4. November, forderten ein Ende der „Terrorakte der PKK“, die Beendigung der Bewegungsfreiheit der PKK im Nordirak und von der türkischen Seite eine friedliche Lösung des Problems. Die USA können sich bei der jetzigen Lage im Irak und ihren Drohungen gegen den Iran keinen neuen militärischen Konflikt im Nordirak erlauben. Ein Militärschlag mit US-Soldaten würde die Situation im Nordirak erheblich verschärfen. Deshalb erhöht die US-Regierung den Druck auf die kurdische Regionalregierung, duldet kleinere türkische Vorstöße über die Grenze und will derzeit keine weitere Eskalation durch „ausgedehntere Militäreinsätze“.

Das EU-Parlament warnte die Türkei vor „unverhältnismäßigen Militäroperationen“. Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier ließen verlauten, sie wüssten „um die Besorgnis der türkischen Regierung, was die Ak-



Türkische Leopardpanzer (hier bei einer Parade im August) stehen heute an der Grenze zum Irak.

schaftsblockade gegen den Irak an. So will sie den Grenzverkehr und damit den Handel in den Nordirak unterbrechen sowie die Strom- und Wasserversorgung einschränken. Die Türkei ist nach Syrien der größte Handelspartner des Irak. Die kurdische Autonomieregion im Nordirak bezieht sogar rund 60 Prozent ihrer Waren und Dienstleistungen aus der Türkei. Sollte der Grenzübergang Habur geschlossen werden, werden die Verluste an Transitgebühren von der kurdischen Regionalregierung auf 250 Millionen Dollar beziffert. Auswirkungen hätte ein Wirtschaftsembargo auch auf mehr als 1.000 türkische Firmen, im Bausektor droht dann ein Verlust von Aufträgen in Höhe von vier Milliarden Dollar.

Angesichts dieses Szenarios scheiterten in der letzten Woche Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen der türkischen und der irakischen Regierung, in deren Verhandlungskommission sich auch ein amerikanischer Offizier befand.

Auf die Drohungen hin erklärten der irakische Präsident Talabani und Barzani, dass sie keinerlei Verlassung sähen, gegen die PKK vorzugehen. Vielmehr würden sie einen Angriff auf den

tivitäten der PKK im Grenzgebiet betrifft“. Sie bekräftigten, dass die PKK in Europa als terroristische Organisation eingestuft werde. Verteidigungsminister Jung forderte von der Türkei und dem Irak eine friedliche Lösung. (Reuters, 22.10.) Der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon forderte „entschiedene Maßnahmen“ von der irakischen Regierung gegen die PKK. (AFP, 18.10.) Eindeutige Unterstützung für einen türkischen Militärschlag kamen nur vom syrischen Präsidenten Assad und von der iranischen Regierung.

Es ist nicht anzunehmen, dass die türkische Armee jetzt auf breiter Front in den Nordirak einmarschiert. Zudem nähert sich der Winter und die Region wird dann nicht zugänglich sein. Der Druck, den die türkische Politik und Armee gegen den Nordirak aufbauen, soll wohl einerseits die irakisch-kurdischen Organisationen PUK und KDP gegen die PKK hetzen und andererseits mit Unterstützung der USA eine weitere Stabilisierung des kurdischen Föderalstaats durch ein etwaiges erfolgreiches Referendum über die Zugehörigkeit Kirkuks zur kurdischen Region verhindern. Die nationalistische Mobilisierung in der Türkei zielt auf die DTP ab. Diese soll sich von der PKK und den kurdischen Forderungen distanzieren. In der Türkei kann es dadurch zu großen ethnischen Brüchen kommen, die auf Jahre hinaus nicht mehr überwunden werden können.

Die PKK erklärt dazu: „Bezweckt wird damit die Auslöschung unserer Bewegung und der kurdischen föderalen Strukturen in Irak-Kurdistan. Außerdem sollen die Kurden gegeneinander aufgehetzt werden, um die Region zu destabilisieren. Dabei könnten die offizielle föderale Regierung Irak-Kurdistans als auch die kurdischen Abgeordneten im Parlament der Türkei eine Rolle spielen bei der Vorbereitung einer friedlichen Lösung und eines Dialogs. Aber beide werden isoliert und zum Angriffsziel erklärt. Somit ist ersichtlich, dass der türkische Staat weder im Norden noch im Süden Kurdistans eine Willensbildung des kurdischen Volkes akzeptiert ... Weiter zielt der türkische Parlamentsbeschluss auf eine Vergeltung für die Gesetzesvorlage im US-Kongress zum Armeniengenozid und auf eine Destabilisierung Irak-Kurdistans und des Irak ab. Hauptsächlich soll das anti-kurdische bzw. Anti-PKK-Bündnis zwischen Türkei, Iran und Syrien den Status Quo in der Region stärken und die USA unter Druck setzen.“ Die PKK wiederholte, dass sie zu einem Frieden bereit ist und für eine friedliche Lösung ihre Verantwortung übernehmen wolle. Voraussetzung sei aber die Einstellung der türkischen Angriffe. Die jetzige Lage komme einer „Kriegserklärung an das kurdische Volk“ gleich.

*rub*

## Angriffe auf Kurden in Europa

Auch in Europa haben Angriffe auf Kurden begonnen. In Berlin ist es nach zwei Tage andauernden Anspannungen zwischen Kurden und Türken am Sonntag zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen, als eine Gruppe Türken in Kreuzberg eine kurdische Moschee angriff. Es kam zu mehreren Verletzten und Festnahmen. Die Polizei setzte Tränengas ein. Die kurdischen Institutionen in Berlin wurden unter Polizeischutz gestellt.

In Köln versammelten sich türkische Faschisten auf dem Domplatz und riefen „Tod der PKK“ und „Nieder mit den Kurden“. Organisiert war die Aktion von der Yunus-Emre-Moschee und anderen türkischen Organisationen. Später marschierte der Mob zum kurdischen Verein „Mala Kurd“, wo es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Dabei wurden nach ersten Angaben vier Faschisten und drei Kurden verletzt, eine Person wurde festgenommen. Wie Vorstandsmitglieder des kurdischen Vereins gegenüber ANF mitteilten, habe man die Polizei bereits im Vorfeld vor möglichen Angriffen gewarnt, diese habe allerdings keine Maßnahmen getroffen.

In Hannover wurde ebenfalls der kurdische Verein von Türken angegriffen. Eine fünfköpfige Gruppe warf am Sonntagabend Steine auf das Vereinsgebäude. Vier der Täter konnten flüchten, einer wurde von Personen aus dem Verein erwischt und der Polizei übergeben. In Heilbronn fand eine kurdische Demonstration gegen die geplante Militäroperation der türkischen Armee in Südkurdistan statt. Dabei kam es zu Provokationen türkischer Faschisten und daraufhin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter auch drei Polizisten. Es gab mehrere Festnahmen. In Dortmund marschierte ein Demonstrationszug von ca. 2000 Personen zum kurdischen Verein und provozierte. Auch in Duisburg und im österreichischen Vorarlberg kam es zu ähnlichen Anspannungen. In Arnhem wurde zum zweiten Mal ein Brandanschlag auf den kurdischen Verein ausgeübt. Es kam zu geringem Sachschaden. In einem Kaffeehaus kam es nach Beleidigungen türkischer Faschisten gegenüber Kurden zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, in die 50 Personen verwickelt waren.

*Quelle: ANF, 29.10.2007, ISKU*

## DIDF: Kriegslust und Nationalismus stoppen – Brüderlichkeit und Frieden stärken

Seit Wochen wird in der Türkei durch zunehmende nationalistische Hetze eine gefährliche Spannung erzeugt. Das ist für viele Menschen in der Türkei besorgniserregend. (...)

Nun möchte man diese Spannungen auch nach Europa tragen. Einige Kräfte und Organisationen unternehmen den Versuch, die nationalistische Politik unter der Scheinargumentation „Gegen den Terror in der Türkei“ nach Deutschland zu transportieren. Dieses unverantwortliche und nationalistische Vorhaben muss gestoppt werden.

Der Kummer, das Leid der Familien aller getöteten jungen Menschen während der Kämpfe zwischen der türkischen Armee und den kurdischen Kämpfern zeigen aufs Neue, dass eine demokratische und friedliche Lösung des Problems längst fällig ist. (...) Es ist aber leider zu beobachten, dass die jetzige Regierung und die Oppositionsparteien außer der DTP genau das Gegenteil im Schilde führen. Seit einigen Tagen werden Menschen vor allem kurdischer Abstammung überall bedroht, Häuser und Geschäfte der Kurden werden angegriffen, Parteibüros der DTP werden in Brand gesteckt oder attackiert. Die Äußerungen eines Offiziers während eines Trauerzuges,

der zur einer Anti-Kurdendemo ausartete: „... das türkische Volk, die türkische Nation ist tief betroffen. Wir sind voller Wut. Bei dieser Demonstration gibt es keine Verbote, alles ist erlaubt“, ist bezeichnend für die Situation.

Der Drang, den Nordirak anzugreifen ist ein langersehntes Vorhaben der türkischen Führung. Auch wenn es einige Unstimmigkeiten gibt, sind sie sich im Kern einig und möchten am liebsten mit einem Schlag auch „das Kirkuk- und Mossul-Problem“ lösen.

Seitens demokratischer Kräfte kann es keine Nachsicht für eine Intervention geben. Auch der Türkei darf das Recht, die territoriale Integrität eines anderen Staates zu verletzen, nicht eingeräumt werden. Sowohl in Deutschland wie auch in den übrigen europäischen Staaten müssen wir uns gemeinsam gegen ein Auflammen des türkischen Nationalismus stellen. Alle, die die Auseinandersetzungen in der Türkei auch nach Deutschland verlagern wollen, haben sich somit auch wieder mal als Nationalisten oder zumindest als Anhänger der Nationalisten entlarvt. Wir rufen alle Organisationen und alle Menschen unabhängig ihrer Nationalität auf, sich gegen Nationalismus und Spaltung zu stellen und sich für eine demokratische und friedliche Lösung einzusetzen.

*DIDF Bundesvorstand, Köln, 23.10.07*



Zehntausende demonstrierten am letzten Wochenende in Dutzenden Städten der USA für den sofortigen Abzug der US-Truppen aus dem Irak. Die Demonstrierenden, unter ihnen viele Gewerkschafter und Kriegsveteranen, forderten ein Amtsenthebungserfahren für Bush wegen Kriegsverbrechen. Allein in San Francisco (links) sollen sich bis zu 100.000 Menschen an der Demonstration beteiligt haben, 10.000 in Chicago (rechts). Aber auch in kleineren Städten fanden Demonstrationen statt, so in Jonesborough im Bundesstaat Tennessee, wo ein großer Waffenproduzent seinen Sitz hat. Ein breites Bündnis hatte zu den Demonstrationen am 5. Jahrestag der Billigung des Einmarsches in den Irak aufgerufen. Umfragen belegen, dass die Ablehnung des Irakkrieges mit der Zahl der gefallenen US-Soldaten (am 28.10.: 3839) weiter zunimmt. (Bilder: Indymedia)

## USA verschärfen Druck auf Iran

Nachdem die so genannte Iran-Sechser-Gruppe (USA, Russland, China, Frankreich, GB und BRD) Ende September Iran mit weiteren Sanktionen gedroht hatte, sind die USA jetzt vorgeprescht. Sie verhängten die umfangreichsten Sanktionen gegen den Iran seit dem Sturz des Schah. Danach müssen Unternehmen, die mit den iranischen Streitkräften Geschäfte machen, zukünftig mit unilateralen Sanktionen der USA rechnen. Im Zentrum der Sanktionen stehen die so genannte Al-Kuds-Einheit, eine Eliteeinheit der „Revolutionswächter“. Dabei verknüpfen die USA nunmehr das iranische Atomprogramm mit dem Irakkrieg. Sie werfen den Streitkräften und der Al-Kuds-Einheit sowohl die Unterstützung des Atomprogramms wie die Unterstützung „terroristischer Organisationen“ im Irak. Parallel zum Sanktionsbeschluss ließ der neue Generalstabschef Michael Mullen verlauten, dass die USA „vom militärischen Standpunkt“ zum Angriff gegen den Iran in der Lage sind. Es gebe „mehr als genug an Reserven, um zu reagieren“, so Mullen. Zwei demokratische Abgeordnete äußerten die Vermutung, dass im 196,4 Mrd. Dollar-Paket, das die US-Regierung zur Fortsetzung der Kriege in Irak und Afghanistan für das neue Haushaltsjahr im Kongress beantragt hat, auch Posten für einen Schlag gegen den Iran enthalten sind: Bunkerbrechende Munition, für die 88 Mio. Dollar ausgewiesen wurden, legten

den Gedanken nahe, dass diese Waffen für einen Einsatz gegen unterirdische Atomanlagen im Iran bestimmt sind.

## Gigantisches Überwachungssystem verliert die Kontrolle

Die Terrorliste des Terrorist Screening Center (TSC) in den USA schwollt jährlich um 200.000 Namen an. Inzwischen enthält sie 860.000 Einträge, im Mai waren es „erst“ 755.000, unter Berücksichtigung von Alias-Namen um die 300.000 Personen. Das TSC behauptet, dass ausschließlich „bekannte oder offensichtlich verdächtige Terroristen“ eingetragen würden. Die Liste ist Grundlage für Verfolgung und Repression. Seit 2004 wurden 53.000 Personen aufgrund eines Eintrags befragt. Das Heimatschutzministerium teilt allerdings nicht mit, wie vielen Menschen nach den Befragungen die Einreise verwehrt wurde, 2006 sollen 269 Ausländern die Einreise verwehrt worden sein. Dabei gibt es Bestrebungen, die Verwendung der „Terrorliste“ durch weitere Behörden zu erreichen. Kritisiert wird z.B., dass sie bisher noch nicht von Unternehmen bei der Einstellung neuer Angestellter herangezogen wird. Gefordert wird auch, die Namen auf der Liste mit biometrischen Daten zu verbinden. Die USA haben bisher mit sechs alliierten Staaten Vereinbarungen über den Austausch von Informationen getroffen. Das TSC, so röhmt sich sein Chef, stehe mit seiner Terrorliste an der „Spitze der Front im Globalen Krieg gegen den Terrorismus“

und biete so seinen Alliierten den Zugriff auf „das umfassendste Mittel zur Identifizierung von Terroristen“. Aber ob das System bei solcher Datenwut nicht längst die Kontrolle verloren hat? (Quelle: *Telepolis*)

## EU will Kosovo anerkennen

Kürzlich noch hatten Spanien, die Slowakei, Zypern, Griechenland, Rumänien und Ungarn, sich dagegen ausgesprochen, den Kosovo für den Fall, dass er sich einseitig für unabhängig erklärt, anzuerkennen. Inzwischen jedoch haben 25 von 27 EU-Mitgliedern grünes Licht gegeben. Am 10. Dezember wird UN-Generalsekretär Kimoon eine Abschlussbericht über die laufenden Gespräche vorlegen. Es steht nach gegenwärtigem Stand nicht zu erwarten, dass sich Serbien und die Kosovo-Albaner auf das vom Sonderbeauftragten Ahtisaari vorgeschlagene Konzept der „überwachten Souveränität“, das den Kosovo aus dem serbischen Territorium heraustrrennt und ihn auf unabsehbare Zeit in ein Protektorat der EU verwandelt. Serbien hat sich mit einer weit reichenden Autonomie einverstanden erklärt, bezeichnet aber die Unabhängigkeit als „rote Linie“, die Kosovo-Albaner wollen die staatliche Eigenständigkeit. Die Verlautbarungen der EU geben den kosovarischen Bestrebungen, die Unabhängigkeit einseitig auszurufen, mächtigen Auftrieb.

## Ungarn: Rechte auf der Straße

Mehrere Tage lang beherrschte die Rechte die Straßen Budapests. Am 22.10., unmittelbar vor dem Nationalfeiertag, der den Ereignissen 1956 gewidmet ist, nahm die neonazistische, paramilitärische Einheit Magyar Garda in einer öffentlichen Zeremonie weitere 600 Neumitglieder auf. Die Einheit bezieht sich offen auf die ungarischen Pfeilkreuzler, die für die Deportation von 450.000 ungarischen Juden in die deutschen Vernichtungslager verantwortlich waren. Die Mitglieder der Magyar Garda lernen den Umgang mit Waffen, „wegen der Zunahme der Verbrechen, die von Zigeunern verübt werden“, so ein Sprecher. 2000 Sympathisanten wohnten der Zeremonie bei. Menschenrechtsgruppen, jüdische Vereine und die Sozialistische Partei hatten entlang der Hauptallee Budapests riesige Transparente gegen das Treiben anbringen lassen. In den folgenden Tagen beteiligten sich z.T. mehrere zehntausend Menschen an Kundgebungen, zu denen auch die rechte Partei Fidesz aufgerufen hatte. Die ungeniert agierenden Neonazis besetzten Brücken, warfen Molotowcocktails und randalierten, es gab viele Verletzte.

Zusammenstellung: scc

**„Zug der Erinnerung“ startet in Frankfurt a.M.** Am 8. November wird der „Zug der Erinnerung“ in Frankfurt a.M. zur Fahrt durch die Bundesrepublik starten. Der Zug, der von einer Dampflok gezogen wird und aus mehreren Ausstellungswagen besteht, verkehrt auf der Strecke der früheren Deportationen der Reichsbahn. Dort steuert er die Heimatstädte der über 12.000 Kinder an, die zwischen 1940 und 1944 in die Vernichtungslager verschleppt wurden. Haltestationen nach Frankfurt a.M. sind Bahnhöfe in Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen. Insgesamt wird der „Zug der Erinnerung“ über 3000 Kilometer zu-



rücklegen. An den Vorbereitungen der Fahrt durch 7 Bundesländer sind mehrere hundert Freiwillige beteiligt, die mit dem ungewöhnlichen Gedenken auch ein Zeichen gegen Rassenhass, Rechtsextremismus und nationalen Größenwahn setzen wollen. Die erheblichen Kosten der Kampagne, die mit einem bundesweiten Kinotrailer um das Interesse von Jugendlichen wirbt, tragen die Bürgerinitiativen aus eigener Tasche. Sie haben sich mit Bitten um finanzielle Unterstützung u.a. an das Berliner Verkehrsministerium und die Bahn AG gewandt.

[www.zug-der-erinnerung.eu](http://www.zug-der-erinnerung.eu)

## Elite-Hochschulen sind der falsche Weg

BERLIN. Soeben wurden die Ergebnisse der zweiten Runde der Exzellenz-Initiative vorgestellt. Sechs Hochschulen – die RWTH Aachen, die FU Berlin sowie die Universitäten Heidelberg, Freiburg, Konstanz und Göttingen – sollen nun zu Elite-Universitäten ausgebaut werden. Der studentische Dachverband fzs hält es für falsch, lediglich sehr hohe Summen in Forschungshochburgen zu investieren, er fordert stattdessen mehr Investitionen in die Lehre, die die Studiensituation der 2 Millionen Studierenden in Deutschland verbessert. „Wenn man einmal hochrechnet, sind diese 1,9 Milliarden Euro soviel Geld, wie 100.000 Studierende den Staat für ihr ganzes Studium kosten“, verurteilt fzs-Vorstand Florian Hillebrand die Fehlinvestitionen. Die Folgeeffekte der Exzellenz-Initiative seien verheerend. „Das deutsche Bildungssystem ist schon heute im höchsten Maße selektiv, durch die so genannten Eliteuniversitäten wird dies nur noch weiter verschärft. Die Eliteuniversitäten werden bald vor einem großen Studierendenansturm stehen, dem sie dann durch Auswahlverfahren und Studiengebühren entgegensteuern wollen – düstere Aussichten für Studierende.“ [www.fzs.de](http://www.fzs.de)

## Land schikaniert Eltern: Für den Schulbus wird jetzt kassiert

KIEL. Die Kieler Landesregierung hat zu einem weiteren Schlag ins Gesicht von Schülern und Eltern ausgeholt: Künftig soll die Beförderung der SchülerInnen nicht mehr kostenfrei erfolgen, Eltern werden fortan mit 30% am Fahrpreis beteiligt. Dieser Einstieg in die „Bezahlsschule“ sorgt für große Ungleichheiten: Da Kinder und Jugendliche in städtischen Bereichen überwiegend zu Fuß oder per Fahrrad zur Schule fahren, auf dem Land aber auf den Schulbus angewiesen sind, werden ländliche Bereiche künftig höher belastet. Um zu ver-

hindern, dass SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien jetzt auch auf dem Lande den hier gefährlicheren, aber kostenfreien Schulweg per Rad wählen, wollen u.a. die Kommunen Strukdorf, Klein Gladebrügge, Seedorf, Rohlstorf, Neuengörs und Groß Rönnau den Anteil der Eltern kommunal übernehmen, stoßen aber selbst dabei auf den schwarz-roten Widerstand aus Kiel: Das Innenministerium will die kommunale Übernahme der Kosten untersagen lassen. Das Argument ist ausgerechnet „mögliche Ungleichheit“: Ärmere Kommunen wären gegenüber reicheren Kommunen benachteiligt.

[www.infoarchiv-norderstedt.org](http://www.infoarchiv-norderstedt.org)

## Greenpeace, Landwirte und Verbände erheben Einspruch

BERLIN. Gegen ein Patent auf Milchkühe hat Greenpeace am 24.10.2007 zusammen mit einem Bündnis aus Milchviehhaltern, Bauern und anderen Verbänden Einspruch eingelegt. Das Patent sichert den sieben Inhabern sowohl die Rechte an einem Zuchtverfahren für Kühe als auch auf Kühe, die genmanipuliert wurden. Beide Teil-Patente ziehen darauf ab, dass die Kühe mehr Milch geben sollen. Das Europäische Patentamt (EPA) in München hat das Patent (EP1330552) im Januar 2007 erteilt. Laut den Regeln des europäischen Patentrechtes hat der Patentinhaber auch das Recht an allen Folgegenerationen der Tiere und Pflanzen, selbst wenn nur das Verfahren patentiert worden ist. Am 24.10. lief die Einspruchsfrist ab. Nach Ansicht der Verbände verstößt das Patent unter anderem gegen das Verbot der Patentierung von konventionellen Zuchtverfahren. Auch die Bundestierärztekammer unterstützt die Kritik an derartigen Patenten. [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

## Aktionstag für den Klimaschutz am 8. Dezember

BERLIN. Zehntausende Menschen in aller Welt werden am 8. Dezember 2007

für den Klimaschutz auf die Straße gehen. In Deutschland ruft die Klimaallianz, ein Bündnis von über 80 Organisationen, dazu auf, sich am globalen Klima-Aktionstag zu beteiligen. Anlass des globalen Aktionstags ist die große UN-Klimakonferenz in Bali/Indonesien vom 3. bis 14. Dezember. Ihr Ausgang entscheidet über die Zukunft des Kyoto-Protokolls, der einzigen international verbindlichen Übereinkunft zum Klimaschutz. In der Klimaallianz haben sich Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammengeschlossen. In ihrem gemeinsamen Positionspapier fordern sie die Industriestaaten auf, sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen. Der heutige Klimawandel geht fast ausschließlich auf das Konto dieser Länder, gefährdet aber besonders die Menschen in den Entwicklungsländern. Die Großdemonstration wird am Brandenburger Tor in Berlin stattfinden. Des Weiteren ist rund um den Rohbau des neuen Braunkohlekraftwerks Neurath bei Düsseldorf eine Menschenkette geplant.

[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

## Mahnwache hinter Gittern für eine atomwaffenfreie Welt

FRANKFURT A.M. Am 29. Oktober tritt Martin Otto aus Wetzlar, Mitglied der GAAA, eine Ersatzfreiheitsstrafe in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt/Main IV an, die er als eine „Mahnwache hinter Gittern für eine atomwaffenfreie Welt“ versteht. Er ist zu einer Geldstrafe von 100 Euro verurteilt worden, weil er sich am 9.8.2005 – dem 60. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki – an einer Go-In-Aktion in die US-Atomwaffeneinsatzzentrale EUCOM in Stuttgart beteiligt hatte. Mit zwei anderen Aktiven der GAAA hatte er den Zaun des Militärgeländes aufgeschnitten, das Areal unerlaubt betreten und dort u. a. ein Transparent mit der Aufschrift „EUCOM schließen – Atomwaffen abschaffen!“ hinterlassen. Überraschenderweise waren die drei dabei unbekillt geblieben; sie hatten sich erst

nach Verlassen des Geländes selbst bei der Polizei angezeigt. Die Aktion bedeutete ein Fiasko für die EUCOM-Sicherheitskräfte und versetzte – nach Aussage eines Stuttgarter Bürgermeisters – einige Stellen bis hoch zum Pentagon in Aufruhr. – „Ich verweigere die Zahlung der Geldstrafe in die Kasse des deutschen Staates, da dieser die NATO-Politik der nuklearen Abschreckung mitträgt“, so Otto. Daher soll er ersatzweise 9 Tage ins Gefängnis. Die „Mahnwache hinter Gittern“ soll 7 Tage dauern. Für die verbleibenden Tage wird Martin Otto durch Zahlung von 10 Euro aus einem Solidaritätsfonds ausgelöst, in den 360 Menschen insgesamt 1424 Euro eingezahlt hatten, 355 von ihnen standen namentlich unter einem Offenen Brief, der bereits im Januar an die Bundesregierung, an den US-Botschafter in Berlin und an Justizbehörden geschickt wurde. In dem Brief wird appelliert, die nuklearen Massenvernichtungswaffen abzuschaffen und die Strafverfolgung von Menschen zu beenden, die sich mit gewaltfreien Aktionen für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen.

[www.deutsche-friedensgesellschaft.de](http://www.deutsche-friedensgesellschaft.de)

## Neonazi-Propaganda gegen die Ilja-Ehrenburg-Straße in Rostock

ROSTOCK. Seit Jahren agitieren Neonazis im Einklang mit konservativen Gruppen bis hin zur Jungen Union gegen die Ilja-Ehrenburg-Straße in Rostock. Entgegen historischen Tatsachen gilt ihnen der weltberühmte sowjetische Schriftsteller jüdischer Herkunft als Propagandist von Verbrechen gegen die deutsche Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Eine Initiative macht nun in Rostock auf das Schaffen Ehrenburgs aufmerksam. Ausführliche Infos zur Hetze gegen den Schriftsteller ist auf der Homepage der Antifa A3 Rostock genauso wie eine Unterschriftenliste zum Erhalt des Straßennamens zu finden.

[www.links-lang.de](http://www.links-lang.de)

## Zweites Sozialforum beendet

COTTBUS. Globalisierungskritiker und Vertreter sozialer Initiativen haben am Sonntag, den 21.10.2007 im ostbrandenburgischen Cottbus ihr zweites bundesweites Sozialforum beendet. Nach Angaben der Veranstalter hatten seit Donnerstag rund 1.500 Menschen an dem Treffen teilgenommen. Das waren deutlich weniger als beim ersten bundesweiten Sozialforum 2005 in Erfurt mit 3.000 Teilnehmern. Die Themen reichten von Hartz IV über Mindestlohn, Rechtsextremismus, fairen Handel bis hin zum Irakkrieg. Am Samstag demonstrierten mehrere hundert Teilnehmer des Sozialforums in der Innenstadt von Cottbus für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Das Sozialforum wurde unter anderem vom globalisie-

rungskritischen Netzwerk attac sowie von mehreren Gewerkschaften unterstützt. Unter den Gästen waren der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, und der brasilianische Mitbegründer der Weltsozialforen, Chico Whitaker. Das Treffen wurde von den Veranstaltern als ein Beitrag zum Widerstand gegen den „neoliberalen Kurs der Regierenden“ gewertet. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften seien deutlich aufeinander zugegangen, hieß es. Im September 2008 ist ein europäisches Sozialforum im schwedischen Malmö geplant.

[www.sozialforum2007.de](http://www.sozialforum2007.de) [www.socialtimes.de](http://www.socialtimes.de)

## Spende für Kampf gegen Nazi-CD

BERLIN. Drei Männer, die eine Verteilung von NPD-CDs in der mecklenburgischen Kleinstadt Waren an der Müritz verhindert hatten, müssen ihre Geldstrafe nicht selbst zahlen. Bei einer Spendenaktion kamen nach Angaben der Organisatoren insgesamt 14.000 Euro zusammen. Die drei Männer waren für ihre Tat gerichtlich zu einer Geldbuße von 2.600 Euro verurteilt worden. Der große Rest des Geldes geht an Cura, einen Fonds für Opfer rechts-extremer Gewalt. Gespendet hatten neben den Landesgrünen auch Anti-Rechts-Initiativen, viele Einzelpersonen und Betriebe aus der Region.

**TAZ 21.10.07, <http://zivilcourage-pirna.de>**

## Veranstaltungsreihe mit Aktiven der US-Friedensbewegung

VELBERT. In einer Veranstaltungsreihe vom 24. Oktober bis 10. November 2007 werden Aktive der US-Friedensbewegung in der Bundesrepublik über die Veränderungen in den USA und die Aktivitäten der US-Friedensbewegung berichten. Die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK schreibt dazu: „Mit dem von US-Präsident George W. Bush ausgerufenen ‚Krieg gegen den Terror‘ hat die USA die internationalen Beziehungen in bedeutendem Maße militarisiert. Eine Allianz von mehr als 70 Ländern – darunter auch Deutschland – unterstützt das US-Militär bei seinen Kriegseinsätzen ... In den USA setzen sich viele Menschen für ein Ende des Kriegseinsatzes der USA im Irak und in Afghanistan ein: mit Demonstrationen, Besetzungen von Abgeordnetenbüros und anderen Aktivitäten. Der Kriegspolitik setzen auch einzelne KriegsdienstverweigerInnen ihr öffentliches NEIN entgegen. Einige von ihnen wurden zu monatlangen Haftstrafen verurteilt ... Auf den Veranstaltungen berichten Aimee Allison und Lori Hurlebaus, wie sich die US-Gesellschaft zur Kriegspolitik der eigenen



Regierung stellt, über die Antikriegsaktivitäten der US-Friedensbewegung, über die Arbeit zur Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer und die Anti-Rekrutierungskampagne.

**Veranstaltungstermine:** **Emden:** 8.11. · **Rostock:** 29.10. · **Bad Kleinen:** 28.10. · **Düsseldorf:** 30.10. · **Köln:** 29.10. · **Dortmund:** 7.11. · **Luxemburg:** 31.10. · **Spangdahlem:** 3.11. · **Trier:** 2.11. · **Koblenz:** 30.10. · **Gießen:** 1.11. · **Mainz:** 6.11. · **Frankfurt/M.:** 31.10. · **Neu-Isenburg:** 1.11. · **Erlangen:** 26.10. · **Völklingen:** 8.11. · **Freiburg:** 5.11. · **Stuttgart:** 7.11. · **Kirchheim/Teck:** 5.11. · **Tübingen:** 26.10. · **Augsburg:** 6.11. · **München:** 25.10.

[www.deutsche-friedensgesellschaft.de](http://www.deutsche-friedensgesellschaft.de)

## Über 38 Millionen Menschen – Weltrekord geschafft

BERLIN. 38,8 Millionen Menschen in 110 Ländern sind zum Welttag der Armutsbekämpfung am 17. Oktober gegen Armut aufgestanden. Die Rekordzahl von 23 Millionen aus dem Vorjahr wurde also deutlich überboten. Damit ist ein neuer Eintrag in das Guinness-Buch der Rekorde gelungen. Die Aktion wurde organisiert von der UN-Millenniumskampagne und dem Global Call to Action Against Poverty (GCAP; in D.: Deine Stimme gegen Armut) – gemeinsam mit einer Vielzahl weiterer Partner. Rund um den Globus standen Menschen physisch oder symbolisch gegen Armut, Ungerechtigkeit und für die UN-Millenniumsziele auf. Auch in Deutschland gab es etwa 300 STAND UP-Events, bei de-

nen insgesamt 65.115 Menschen die Bundesregierung zur Einhaltung ihrer entwicklungspolitischen Versprechen aufforderten. Die zentrale Veranstaltung für Deutschland fand im Sony Center in Berlin statt. In Hamburg stand die Reggae-Gruppe „Culcha Candela“ beim Konzert mit ihren Fans auf, in Heidelberg stellten sich insgesamt 6.432 Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte gegen Armut, in Hannover belohnten „Fury in the Slaughterhouse“ und Künstler des Labels Peppermint Jam rund 800 „Aufständische“ mit einem Livekonzert. Die Vereinten Nationen, Deutsche Welle und Deutsche Post luden in Bonn gemeinsam zum STAND UP ein.

[www.un-kampagne.de](http://www.un-kampagne.de)

# „Wohnen trotz Hartz IV“ – Veranstaltung der Linken Liste Mannheim

MANNHEIM. Auf dem Podium saßen: Herrmann Genz, Geschäftsführer der ARGE und Leiter des Fachbereichs für soziale Sicherung der Stadt Mannheim; Wolfgang Bielmeier, Geschäftsführer der Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft GBG; Holger Luft, stellvertretender Geschäftsführer des Diakonischen Werks Baden, Referat Soziale Arbeit, Schuldnerberatung, Wohnungslosenhilfe; Bernd Merling, Schuldnerberater; Diana Hildegard Henrich, eine von Hartz IV betroffene Person.

In Mannheim leben laut Herrn Genz rund 15% der Menschen in Armut (ca. 50.000), d.h. sie beziehen Miete bzw. Mietzuschuss als Transferleistung. Das Problem hänge eng mit dem Problem des wachsenden Niedriglohnsektors zusammen. Allein bei der Stadt Mannheim gäbe es 130 Festangestellte, deren Lohn durch Hartz IV-Leistungen aufgestockt werde. 34% der Neubezieher von Hartz IV seien inzwischen Vollzeitbeschäftigte.

## „Angemessen“

Herr Luft von der Diakonie zweifelte daran, ob die Stadt Mannheim überhaupt eine Mietobergrenze festlegen dürfe. Das Sozialgesetzbuch II kenne diesen Begriff gar nicht. Es kenne nur die Begriffe „angemessen“ und „verfügbar“. Herr Genz entgegnete darauf, dass es dazu höchstrichterliche Entscheidungen und Ausführungsrichtlinien gäbe, die den Begriff „angemessen“ definieren. Es sei für Hartz IV-Bezieher nicht der Durchschnitt des Mietspiegels von 5,40€ pro qm, sondern die untere Grenze von 4,60€/qm anzusetzen. Er setze nur geltendes Recht um. Frau Henrich widersprach Herrn Genz, nach einem Urteil des Bundessozialgerichts Kassel sei das Wohngeldgesetz „ultima ratio“ und deshalb seien marktübliche Preise zugrunde zu legen. Setzt Herr Genz geltendes Recht um oder setzt er die Grenzen des Rechts selbst – dieser

Widerspruch konnte auf der Veranstaltung nicht geklärt werden.

## „Verfügbar“

Herr Merling berichtete aus seiner Erfahrung, dass Wohnungen unter 5,50€/qm so gut wie überhaupt nicht zu haben seien. Die Mietberechnungen seien vollkommen unrealistisch. Ziel der Mietobergrenze sei offensichtlich die Senkung der Sozialausgaben.

Herr Bielmeier widersprach, wonach die GBG über 500 freie Wohnungen verfüge, davon 200 Wohnungen mit bis 4,60€/qm, was der Mietobergrenze für Neu-anmietungen für Hartz IV-Empfänger entspricht. Er als Geschäftsführer hätte ein vitales Interesse daran, diese Wohnungen zu vermieten. Er könne jedem Hartz IV-Bezieher eine Wohnung anbieten, aber man müsse dann bereit sein, die angebotene Wohnung anzumieten. Manche, die Sonderwünsche hätten und „weder auf die Schönaus, noch auf die Rheinau oder in die Neckarstadt-West“ ziehen wollten, würden eben leer ausgehen.

## Qualität der Wohnungen lässt zum Teil zu wünschen übrig

Auf der Veranstaltung wurde deutlich, dass ein Teil der Wohnungen von 4,60€ entweder ohne Bad oder ohne Zentralheizung ausgestattet sei. Herr Bielmeier bestätigte dies. Notwendige Renovierungen ziehen aber meistens Mieterhöhungen nach sich. So lasse die GBG zur Zeit 800 leerstehende einfache Wohnungen renovieren. Diese würden später aber über 5 oder 6€ kosten.

## Wo liegt das Problem – in der Kommune oder beim Land?

Herr Luft machte für das Problem hauptsächlich das Land Baden-Württemberg verantwortlich, da dieses aus dem sozialen Wohnungsbau ausgestiegen sei. Außerdem entfalle zukünftig die Mietpreisbindung. Hier sei der Gesetzgeber gefordert.

## Trotz allem Elend – in Mannheim alles etwas besser wie woanders?

Herr Genz mochte nicht bestreiten, dass der Regelsatz von Hartz IV viel zu niedrig zum guten Leben sei. Er „wolle einen „bedarfsgerechten Satz“, er sei „nicht glücklich mit der bisherigen Regelung“. Aber in Mann-

heim sei man mit dieser Situation vergleichsweise gut umgegangen. 17.000 Haushalte mit Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebeziehern seien übergegangen zu Hartz IV-Beziehern. Die Bestandsmieten seien voll übernommen worden – egal wie hoch die Miete sei. Mannheim läge damit bundesweit an der Spitze. In Mannheim würde niemand zum Umzug gezwungen werden.

Allerdings gelten die 4,60€ für alle Neuanmietungen. Hier gäbe es aber ein Ermessen des Sachbearbeiters. Es könnten auch Faktoren wie bisheriger Stadtteil, altersgerechte Anforderungen berücksichtigt werden. Ab 5,60€ werde es aber schwierig. Herr Luft wollte dies bestätigen. In Mannheim gäbe ein „sehr gutes“ und „vorbildliches“ Prüfverfahren.

Im Rhein-Neckar-Kreis dagegen gäbe es überhaupt keinen sozialen Wohnungsbau. Hartz-Bezieher wie Frau Henrich haben sich die Transferleistung für ihre Miete erst vor Gericht erstreiten müssen. Herr Genz hält die Praxis im Rhein-Neckar-Kreis für „unanständig“ und „Rechtsbruch“. Er habe dies auch im Kreistag gesagt und kein Blatt vor den Mund genommen und dafür tumultartige Szenen in Kauf genommen.

## System oder einzelne Fehlentscheidungen?

Obwohl Herr Genz beteuerte, dass die Regelung der Mietobergrenze nur auf Neuanmietungen angewandt werden würde, gab es etliche Wortmeldungen, die dies auch für Altfälle behaupteten. Genz sagte, dies sei nicht Linie der Stadt und könne dann nur ein Fehler des Sachbearbeiters sein. Wenn er davon Kenntnis bekäme, würde er sich solcher Fälle annehmen.

Eine Wohnung könne auch teurer als 4,60€ sein und dafür kleiner als 45 qm oder größer wie 45 qm, dann aber müsse sie billiger wie 4,60€ sein. Entscheidend sei der Produktpreis von 207€ Miete. Auch hier habe der Sachbearbeiter einen Ermessensspielraum.

## Zuzug von Hartz IV-Bezieher aus dem Umland

Diese Frage konnte in der Veranstaltung auf Grund der fortgeschrittenen Zeit nur am Rand erörtert werden. Zuzügler bekommen die ersten zwei Jahre keine Wohnungen von der GBG angeboten. Trotzdem komme jeder dritte neue Antragsteller laut Herrn Genz von außerhalb. Er sei nicht bereit, einer solchen „ungebremsten Entwicklung“ tatenlos zuzusehen und forderte Maßnahmen des Gesetzgebers.

## Kommentar: Die Politik muss handeln!

Aber ob nun ein Ermessensspielraum angewendet wird oder nicht, die Produkttheorie des Herrn Genz zum Tragen kommt oder nicht, so verbleibt als Zielgröße eine Mietobergrenze von 207



Podiumsdiskussion der Linken Liste Mannheim: „Wohnen trotz Hartz IV“. Von links nach rechts: Hermann Genz, Wolfgang Bielmeier, Thomas Trüper (Moderator), Diana Hildegard Henrich, Bernd Merling, Holger Luft

Euro. 207€ Euro sind aber viel zu niedrig! Trotz Preissteigerungsraten ist die faktische Mietobergrenze in den letzten Jahren nicht nach oben korrigiert, sondern kontinuierlich nach unten gesenkt worden. Auf dem freien Wohnungsmarkt sind diese Billigstwohnungen so gut wie überhaupt nicht zu finden. Verbleiben die Einfachstwohnungen der GBG. Kann man hier von „angemessen“ und „verfügbar“ sprechen? Wohl kaum, es sei denn, man legt die Messlatte auf den untersten Level an.

Da mag es wenig Trost sein, dass außerhalb Mannheims die Lage noch trostloser ist. Aber es kann nicht sein, dass das Umland (hier der Rhein-Neckar-Kreis) zu Lasten der Betroffenen und der Stadtgemeinden handelt. Hier muss der Bund gegensteuern.

Herr Genz sieht sich in der Verantwortung, die gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Härtefälle will er dabei vermeiden. Ermessenspielraum müsste genutzt werden. Die Wirklichkeit sieht aber zu oft anders aus. Das muss sich ändern! Und die soziale Bewegung tut gut daran, genau hinzusehen. Aber der Hauptteil des Problems ist weder von Herrn Genz verursacht noch lösbar.

*Aus dem Kommentar des Vertreters der Montagsdemo: „In der Diskussion versuchte Herr Genz dem Publikum weiszumachen, dass durch Gemeinderatsbeschlüsse und höchstrichterliche Instanz ihm die Hände gebunden seien. Er hätte keinerlei Spielraum für eine höhere Kostenübernahme. Fakt ist aber, dass seit dem Gemeinderatsbeschluss vom 21.12.2004 die Entscheidungsbefugnis bezüglich der Kosten der Unterkunft (KdU) für Hartz IV BezieherInnen auf die ARGE übertragen wurde, deren Geschäftsführer Herr Genz ist. Die ARGE selbst ist eine selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechtes und ihr obliegen seit diesem Gemeinderatsbeschluss alle Entscheidungen bezüglich der Kosten der Unterkunft. Damit hatte sich der Gemeinderat per damaligen Entschluss in Fragen der KdU selbst entmachtet.“*

Und in diesem Punkt widerspreche ich einem Kommentar des Vertreter der Montagsdemo. (Ausführlich dokumentiert in KIM 22/07, Anm. PB)

Standards für die Qualität der GBG sollte der Gemeinderat festlegen. Und da ist man dann bei der Frage der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die im Verantwortungsbereich des Landes liegt. Auch die gesetzliche Mietpreisbindung liegt nicht im Verantwortungsbereich des Herrn Genz und muss von der Politik gelöst werden. Ebenso verhält es sich mit dem Problemkreis prekäres Arbeitsverhältnis, ausreichender Grundsicherung und Mindestlohn. Hier muss die Politik – Gemeinderat, Land, Bund – handeln!

Kommunal Info Mannheim, 22/07

#### *Erste Schritte mit dem Bürgerhaushalt*

## **„Der Kölner Bürgerhaushalt ist noch ein zartes Pflänzchen und steht ganz am Anfang.“**

KÖLN. Am 22. Oktober startet der Kölner Bürgerhaushalt, nachdem der Rat der Stadt Köln bereits 2004 einen solchen Beschluss gefasst hatte. Im Vorfeld der Ratsentscheidung, aber auch danach, gab es verschiedene spannende Diskussionen zu dem Thema.

Die Fraktion DIE LINKE. KÖLN hatte z.B. die Linkspartei-Bürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, Christina Emmrich, eingeladen. Sie berichtete ausführlich über deren jahrelange Erfahrungen. Eine Kernthese von ihr war: „Wenn nicht alle Parteien und die Stadtverwaltung mitmachen, kann ein solches Projekt schnell zerredet werden und scheitert dann.“

Das war ein Grund, warum DIE LINKE im Stadtrat großen Wert darauf legte, dass alle Beteiligten – insbesondere der CDU-Kämmerer – mitmachen. Denn der Aufwand für einen Bürgerhaushalt ist für die Stadtverwaltung nicht gerade gering. Dazu kommt, dass derzeit die gesamte Finanzverwaltung von kameraler Buchführung auf die normale Bilanzbuchhaltung (Neues kommunales Finanzmanagement, NKF) umgestellt wird.

Für den Bürgerhaushalt gibt es verschiedene Vorbilder. Für die Linke ist z.B. Porto Alegre ein positives Beispiel. In der brasilianischen Großstadt wurde über den Bau der gesamten Infrastruktur (Wasser und Strom) mit dem Bürgerhaushalt entschieden.

Es gab auch mittlere Städte in NRW, die einen Bürgerhaushalt erstellt haben. Köln ist nun die erste Millionen-Stadt. Im Beirat und der Lenkungsgruppe, dem auch der DGB und die Köln-Agenda angehören, wurde lange darüber diskutiert, wie man in Köln beginnen soll. Man hat sich für einen vorsichtigen Weg entschieden, nachdem man in Bonn vor zwei Jahren schlechte Erfahrungen mit Stadtteilveranstaltungen gemacht hatte, zu der nur die wenigen „üblichen Verdächtigen“ erschienen.

Die Stadtverwaltung gab ein Gutachten in Auftrag, das klären sollte, wie groß das Interesse an einem Kölner Bürgerhaushalt ist. Dabei wurde auch danach gefragt, für welche Sachgebiete sich die Menschen besonders interessieren. Zur Überraschung vieler waren die ersten drei Themen: Sport, Verkehr und Natur und Landschaftspflege. Alles Themen, die die Linke nicht unbedingt auf die ersten Plätze setzen würde. Daran kann

man aber erkennen, dass der Bürgerhaushalt eben alle gesellschaftlichen Schichten abdeckt.

Alle drei Themen haben einen großen sozialen Bezug für die kommunale Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern. Z.B. stehen das Schulschwimmen und die Schließung von kommunalen Hallenbädern in einem direkten Zusammenhang mit dem Thema Sport.

Der Bürgerhaushalt beginnt jetzt: So lag dann in den Briefkästen aller Kölnerinnen und Kölner ein Flyer „Kölner Bürgerhaushalt, Deine Stadt, Dein Geld“, in dem für das Projekt Bürgerhaushalt geworben wird.

Am 22. Oktober wird die Internetplattform im Rahmen einer Eröffnungsveranstaltung gestartet. Im Internet oder per Telefon können Vorschläge unterbreitet werden, für die Produktbereiche:

- 08 Sportförderung
- 12 Verkehrsflächen und Anlagen (ohne ÖPNV)
- 13 Natur und Landschaftspflege

Bis zum 19. November können Vorschläge gemacht werden oder Vorschläge im Internet unterstützt werden. Für die drei Bereiche werden dann jeweils 100 Vorschläge (3x 100) in die laufenden Haushaltsberatungen übernommen und durch die Fachverwaltung geprüft. Anschließend entscheidet der Rat im Rahmen der Haushaltsberatung über die Umsetzung. Spätestens hier sind die politischen Parteien gefordert, Vorschläge aufzugreifen oder abzulehnen. D.h. es entsteht spätestens an dieser Stelle der unmittelbare Diskurs mit den Leuten.

Im Rahmen des Bürgerhaushaltes muss dann auch Rechenschaft abgelegt werden, was übernommen und was abgelehnt wurde. Ablehnungen müssen inhaltlich begründet werden.

Der Kölner Bürgerhaushalt ist noch ein zartes Pflänzchen und steht ganz am Anfang. Das Schlimmste wäre, die Kölnerinnen und Kölner beteiligten sich nicht.



Nur wenn viele mitmachen, kann man den Bürgerhaushalt ausweiten und z.B. Bürgerversammlungen auf Stadtteilebene einführen, um auch den Dialog zwischen den Leuten herbei zu führen. Also beteiligt Euch mit Vorschlägen. Wenn ihr Hilfe braucht, wendet Euch an die Verwaltung oder auch an die Fraktion DIE LINKE. KÖLN.

*Jörg Detjen*

Aus: Lokalberichte Köln, 22/07

## BUND fordert Baustopp der Kohlenmonoxid-Pipeline

DÜSSELDORF. Anlässlich der Landtagsanhörung am 17.10.07 zur umstrittenen BAYER-Kohlenmonoxid-Pipeline fordert der nordrhein-westfälische Landesverband des BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen sofortigen Baustopp. Anstatt eine ganze Region den Gefahren und Risiken einer solchen Giftgasleitung auszuliefern, seien die Betreiber in der Pflicht, die existierenden alternativen Produktionsmethoden zu nutzen. Vom Landtag fordert der BUND die Aufhebung des dem Pipelinebau zugrunde liegenden Enteignungsgesetzes. Mit dem BUND treten mittlerweile mehr als 64.000 Bürgerinnen und Bürger für eine Aufhebung des Sofortvollzugs des Pipelinebaus ein. Zahlreiche Betroffene waren vor den Landtag gezogen, um gegen die umstrittene Fernleitung zu protestieren.

Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender: „Trotz ungelöster Sicherheitsfragen wird eine ganze Region tödlichen Risiken ausgesetzt. Die Pipeline dient nicht dem Allgemeinwohl, sondern allein den betriebswirtschaftlichen Interessen der BAYER AG.“

Kohlenmonoxid (CO) ist ein farb-, geruch- und geschmackloses Atemgift, das zudem hoch entzündlich ist. Daneben wirkt es korrosiv und stellt damit ein Risiko für die Dichtigkeit der Pipe-

line dar. Selbst rostfreier Stahl wird unter bestimmten Bedingungen von CO angegriffen. Allerdings seien vorliegende praktische und wissenschaftliche Erfahrungen zu den Pipeline-Risiken im Genehmigungsverfahren unberücksichtigt geblieben. Durch Bau und Betrieb der Kohlenmonoxid-Rohrfernleitung zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen seien allein im Kreis Mettmann 143.000 Menschen potenziell gefährdet. Dass die Pipeline bereits im Bau ist, obwohl noch Klagen gegen die Genehmigung und gegen Enteignungen anhängig sind, hält der BUND-Chef für „einen ausgemachten Skandal“. Auf der Landtagsanhörung präsentierte der BUND auch mögliche Alternativen. Diplom-Chemiker und BUND-Experte Dr. Wolfgang Roth: „Durch fortschrittliche Syntheseverfahren kann nicht nur das giftige Zwischenprodukt CO sondern auch das Giftgas Phosgen vermieden werden. Diese Alternative macht nicht nur die Pipeline überflüssig, sondern würde auch die Sicherheit in den Werken verbessern.“ Die Einführung dieser Verfahren wäre ein echter Wettbewerbsvorteil für die BAYER AG und würde die Innovationskraft am Standort Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll unterstreichen. [www.cbgnetwork.org](http://www.cbgnetwork.org)

## Kein Nachdenken über Kohlekraft:

BOCHUM. DIE LINKE hatte im Rat gefordert, dass die Stadtwerke 4 Monate lang keine neuen Beteiligungen an Kohlekraftwerken vorbereiten sollten. Diese Zeit wollte DIE LINKE für eine Klimakonferenz in Bochum nutzen, um auf Grundlage der Ergebnisse erneut über den Energiemix der Stadtwerke zu beraten. Das war allen anderen Parteien im Rat zuviel des Nachdenkens, sie lehnten den Antrag ab. Besonders bemerkenswert war aus Sicht der LINKEN der Schlingerkurs der GRÜNEN, die grundsätzlich eine Debatte über die Beteiligung an Kohlekraftwerken begrüßten, den Beschluss aber trotzdem nicht mittragen wollten. In München wurde dagegen ein ähnlicher Beschluss mit der Mehrheit von SPD und Grünen gefasst. [www.linke-bochum.de](http://www.linke-bochum.de)

## Haushaltsanträge der LINKEN:

BRAUNSCHWEIG. Zum Haushaltsentwurf 2008 gibt es eine Reihe von Anträgen zur Verbesserung der Lebenssituation von armen Kindern und Jugendlichen:

– *Kostenloses Mittagessen für Schülerinnen und Schüler in Ganztagschulen, die in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften leben, deren Eltern – oder sie selbst – Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeld beziehen.* Laut Auskunft der Verwaltung nehmen 656 Schülerinnen und Schüler aus Hartz-IV-Familien am Ganztagschulbetrieb teil. Hier sind weder die Ganztagsgrundschulen noch die Bezieher von Asylbewerberleistungen und Wohngeld enthalten. Somit ist von rund 1.000 Schülerinnen und Schülern auszugehen, die für das tägliche Mittagessen 2,60 Euro bezahlen müssen.

– *Fonds für Schulmaterial: Alle Schülerinnen und Schüler, die in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften leben, deren Eltern – oder sie selbst – Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeld beziehen, sollen einen Zuschuss für Schulmaterial in Höhe von 100 Euro pro Person erhalten.* Rund 6.700 Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren leben in Braunschweig von Sozialhilfe. Bei Hinzurechnen derjenigen, die Asylbewerberleistungen und Wohngeld erhalten, dürfte die Zahl bei rund 8.000 liegen. Diesen Kindern und Jugendlichen wird die gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung unmöglich gemacht, da sie aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage sind, sich das notwendige Schulmaterial anzuschaffen. <http://die-linke-bs.de/rat/>

## Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts unerwünscht? FRANK-

## Protest gegen Festsetzung der Mietobergrenze für Hartz IV-Empfänger

FREIBURG: Der „Runde Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg“ protestiert gegen das Vorhaben der Stadtverwaltung, die als „angemessen“ betrachtete Mietobergrenze für Menschen anzuheben, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen: von 5,62 Euro pro Quadratmeter auf 6,46 Euro bei Ein-Personen- und auf 5,87 Euro bei Zwei-Personen-Haushalten. Die Stadtverwaltung hat nun einen Vorlage für den Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt. „Diese Vorlage arbeitet mit falschen beziehungsweise nicht belegten Zahlen und entspricht nicht dem Stand höchstrichterlicher Rechtsprechung“, so der „Runde Tisch“. Er verweist zum Beispiel auf das Urteil des Bundessozialgerichts vom 7. November 2006. Darin steht, es sei zu prüfen, ob „eine abstrakt als angemessen eingestufte Wohnung überhaupt konkret auf dem Wohnungsmarkt“ angeboten werde. „Besteht eine solche konkrete Unterkunftsalternative nicht, sind die Aufwendungen für die tatsächlich gemietete Unterkunft als konkret angemessen anzusehen.“

Die vom „Runden Tisch“ vorgelegte Erhebung aus dem Jahr 2006 und die Erhebungen vom Amt für Statistik und Einwohnerwesen aus früheren Jahren zeigen, dass der qm-Preis für verfügbare Wohnungen wesentlich höher ist, als die von der Verwaltung vorgeschlagenen Höchstbeträge. Für 2006 (also noch vor den diesjährigen, teilweise erheblichen

Mieterhöhungen) wurden 8,77 Euro Kaltmiete errechnet. Das Landessozialgericht Baden-Württemberg bzw. das Sozialgericht Freiburg nennen eine Angemessenheitsgrenze von 7,40 Euro.

Dies berücksichtige die Verwaltungsvorlage keineswegs, die Stadtverwaltung täusche dem Gemeinderat etwas vor, etwa was die Zahl der konkret verfügbaren „angemessenen“ Wohnungen angeht. Außerdem seien die mit einer erhöhten Mietobergrenze angeblich verbundenen angebenden Mehrkosten in Höhe von 320 000 Euro nicht nachvollziehbar. Vor allem aber sei absehbar, dass nach wie vor Hunderte von Bedarfsgemeinschaften unter Druck gesetzt würden, andere Wohnungen zu finden – „die es in Freiburg nicht gibt“.

Der Runde Tisch fordert deshalb die Stadtverwaltung auf, endlich verlässliche Daten vorzulegen, der Rechtsprechung gerecht zu werden und bis zu einer angemessen überarbeiteten Vorlage die laufenden Mietenkennungsverfahren auszusetzen. Denn, so ein Vertreter des Runden Tisches auf einer Pressekonferenz: „Wenn das so durchgezogen wird, dann wird die Zahl der Klagen gegen die Stadt steigen – und die Zahl der von der Stadt verlorenen Verfahren ebenfalls.“ Und er kündigt an: „Wir werden auf jeden Fall die Widersprüche unterstützen.“ (hav)

FURT a. M. Zur NPD-Demo in Frankfurt und den polizeilichen Maßnahmen bzw. dem Einsatz mehrerer Tausend Polizisten aus verschiedenen Bundesländern am vergangenen Samstag erklärt DIE LINKE im Römer: Von der Polizei hermetisch abgeriegelte Stadtgebiete, Ausfall von U-Bahnen und Bussen, über der Stadt kreisende Hubschrauber sowie Räumpanzer und Wasserwerfer in den Seitenstraßen von Rödelheim und Hausen, massive Beeinträchtigungen der Bewegungs- und Pressefreiheit durch teils völlig überzogene, polizeiliche Maßnahmen – das ist die traurige Bilanz nach dem Aufmarsch von 100 Rechtsextremisten. „Wenn Frankfurts Polizeipräsident Achim Thiel nun in einem Interview behauptet, die Sicherheitsvorkehrungen seien ‚angebracht‘ gewesen und es habe sich um einen ‚erfolgreichen Polizeieinsatz‘ gehandelt, so lässt das tief blicken. Es ist zum einen ein Schlag ins Gesicht aller Anwohner, denen über Stunden de facto ein Ausnahmezustand zugemutet wurde. Und es ist ... ein Messen mit zweierlei Maß“, so der LINKE-Stadtverordnete Udo Mack. „Ich war als Demonstrationsbeobachter Zeuge, wie Bürger daran gehindert wurden, sich zur Kundgebung des Römerbergbündnisses zu begeben. Gleichzeitig wurde mit allen Mitteln die Demo der NPD durchgeboxt.“ [www.dielinke-wasg-im-roemer.de](http://www.dielinke-wasg-im-roemer.de)

**Fernwärme – Ausgrenzung statt offene Diskussion:** ESSEN. Die Ratsfraktion Die LINKE/DKP/AUF hat den Oberbürgermeister angeschrieben und sich darüber beschwert, dass sie nicht zu dem informellen Treffen geladen war, zu dem er in der letzten Woche die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, Grüne und FDP geladen hatte. Dabei ging es um das Vorhaben der Evonik-Fernwärme (vormals STEAG), das Weltkulturerbe Zollverein und die angrenzenden Stadtteile mit Fernwärme zu beliefern. Gleichzeitig hat die Fraktion Die LINKE/DKP/AUF Dr. Wolfgang Reigner aufgefordert, eine Ältestenratsitzung einzuberufen. „Der Oberbürgermeister hat uns offensichtlich bewusst ausgesperrt, vermutlich weil wir den Fernwärme-Deal im Sommer am schärfsten kritisiert haben“, so Fraktionssprecherin Gabriele Giesecke. Wir empfinden die Ausgrenzung ... als Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung aller demokratischen Kräfte.“ [www.dielinke-essen.de](http://www.dielinke-essen.de)

**OB Schrammas Hohelied von Köln und der Haushalt 2008:** KÖLN. In seiner Rede zur Einbringung des Haushaltspanentwurfes 2008 singt OB Schramma das Hohe Lied von Köln. Dabei nehmen die Themen Sauberkeit und Ord-

nung, Kultur und vor allem Wirtschaft fast die Hälfte seiner Rede ein. Die Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge kommt überhaupt nicht vor, und dem sozialen Bereich widmet er gerade mal eine halbe Seite. Dazu Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke. Köln: „Die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt, die Ost-West-U-Bahn und die Verlängerung des Rheintunnels sind in der Vergangenheit aus finanziellen Gründen von der Mehrheit des Rates eindeutig abgelehnt worden.“ Michael Kellner, Sozialpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. Köln: „Während der OB von Millionenprojekten träumt, nimmt er die Realität von Armut und Not in dieser Stadt kaum wahr. Sorge bereitet ihm eher der stetig steigenden Sozialatlas und die Belastung der Stadt durch die Transferleistungen ...“ Claus Ludwig, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion, zu den Plänen Schrammas: „Die Wohlgefühle überkommen angesichts Schrammas Plänen lediglich die privaten Investoren. Diese können dank großer und unnützer Bauvorhaben weiter ihre Gewinne einfahren. Eine ‚Wohlfühlstadt‘ für die Mehrheit der Bevölkerung wird es erst geben, wenn die städtischen Finanzen endlich eingesetzt werden, um qualifizierte und anständig bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und die öffentlichen Dienstleistungen auszubauen.“ Erfreulich ist, dass mit diesem Haushaltssatz zum ersten Mal ein Bürgerhaushaltsverfahren durchgeführt wird. Die Fraktion DIE LINKE. KÖLN ... hat durch ihre Aktivität im Rat den Bürgerhaushalt initiiert. Sie wird auch in Zukunft alles tun, damit der Bürgerhaushalt weiterentwickelt und auf wesentlich mehr Bereiche ausgeweitet wird.

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

**Rot-Rot in Berlin lehnt PPP-Modelle ab:** BERLIN. Der wirtschaftspolitische Sprecher Stefan Liebich erklärt: Die in einigen Berliner Bezirken derzeit diskutierten Modelle einer Public-Private-Partnership (PPP) für Schulen gehen in die falsche Richtung. Die Fraktion Die Linke teilt die Auffassung des Bundesrechnungshofs, dass öffentlich-private Partnerschaften nicht der Ausweg für Finanzierungsengpässe sein können. Die Koalitionsfraktionen haben daher heute im Hauptausschuss entsprechende Vorschläge von Spandau, Reinickendorf und der Senatsverwaltung für Finanzen abgelehnt und werden stattdessen das haushaltfinanzierte Schul- und Sportstättensanierungsprogramm fortsetzen.

<http://www.die-linke-berlin>

**Kommunale Selbstverwaltung bestätigt:** BERLIN/KÖLN. Der Deutsche Städ-

tetag begrüßt die Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung in dem von den Staats- und Regierungschefs der EU verabschiedeten Reformvertrag. „Die ausdrückliche Erwähnung der lokalen Selbstverwaltung als Bestandteil der von der Union zu achtenden Identität der Mitgliedstaaten war ein zentrales Anliegen der deutschen Städte“ stellte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, mit Zufriedenheit fest. Darauf hinaus beschloss der Europäische Rat, die regionale und lokale Ebene in das von der Union zu beachtende Subsidiaritätsprinzip ausdrücklich einzubeziehen. Weiter wird den reformierten Verträgen ein Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse beigelegt. Darin wird der Ermessensspielraum der Kommunen bei der Erbringung von Diensten der Daseinsvorsorge betont und auf die Unterschiede bei den jeweiligen Dienstleistungen in den Mitgliedsstaaten verwiesen.

[www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

**Kommunen bekommen bei der Daseinsvorsorge mehr Gestaltungsfreiheit:** BERLIN. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßte den von den EU-Staats- und Regierungschefs in Lissabon angenommenen EU-Reformvertrag. In einem Zusatzprotokoll zur Daseinsvorsorge ist festgehalten, dass die Städte und Gemeinden bei der Ausgestaltung und Organisation von Leistungen der Daseinsvorsorge mehr Freiheiten haben. Außerdem wird die kommunale Selbstverwaltung ausdrücklich im Reformvertrag verankert. „Zumersten Mal wird die wichtige Rolle und die Gestaltungsfreiheit der Städte und Gemeinden bei den Leistungen der Daseinsvorsorge im europäischen Primärrecht festgeschrieben. Das stärkt die Rechtsposition der Städte und Gemeinden und ihrer kommunalen Unternehmen ganz erheblich“, betonte Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des VKU. Zu den Leistungen der Daseinsvorsorge gehören zum Beispiel die Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung. Die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof müssten diese Vorgaben zukünftig beachten. „Konkret muss das daher heißen“, so Reck weiter, „dass zum Beispiel die kommunale Zusammenarbeit nicht durch eine Ausweitung des europäischen Vergaberechts behindert werden darf. Auch für die Kooperation im Rahmen von Private-Public-Partnerships müssen praxis-taugliche Regelungen gefunden werden.“ Zwiespältig bewertet der VKU, dass Brüssel ermächtigt wird, Näheres zur Daseinsvorsorge in einer Verordnung zu regeln.

[www.vku.de](http://www.vku.de)

*Zusammenstellung: ulj*

## Betriebsräteversammlung kritisiert Personalpolitik

SINDelfingen. Am 18. Oktober 2007 sind auf der diesjährigen Betriebsrätekonferenz rund 400 Betriebsräte aus allen Werken der Daimler AG zusammen getroffen, um über aktuelle Fragen der Beschäftigung in der Daimler AG zu diskutieren. Im Anschluss an die interne Debatte stellte sich der gesamte Vorstand des Unternehmens den Fragen der anwesenden Betriebsräte.

Die Versammlung verabschiedete einstimmig eine Entschließung zur Leiharbeit, in der die politischen Parteien aufgefordert werden, die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten in Fragen der Leiharbeit zu stärken. Gesetzliche Änderungen sollen sicherstellen, dass Leiharbeit wieder allein der Flexibilisierung dient und nicht Stammbeschäftigung ersetzt.

In der Diskussion mit dem Vorstand stand die

### Entschließung zur Leiharbeit

Im Zuge der sogenannten Hartz-Reformen ist die Zahl der in Leiharbeit beschäftigten Arbeitnehmer in Deutschland dramatisch gestiegen: Aktuell sind bundesweit bereits mehr als 1 Million Leiharbeitnehmer/innen beschäftigt, mit steigender Tendenz.

Schwerpunkt des Einsatzes ist die Metall- und Elektroindustrie. Leiharbeit wird dabei kaum noch als Instrument zur Deckung eines vorübergehenden Personalbedarfs eingesetzt. Vielmehr ist die Mehrzahl der Betriebe dazu übergegangen, Leiharbeitnehmer/innen auch dauerhaft auf Stammbaustellen einzusetzen, um Neueinstellungen zu vermeiden. Tariflich gesicherte Arbeitsplätze werden so zu Dumpinglöhnen ersetzt. Die gesetzlich versprochene Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmer/innen und Stammbelegschaften steht lediglich auf dem Papier. Leiharbeitnehmer/innen erhalten in der Regel nur ca. 60 % des Tariflohns in der Metall- und Elektroindustrie. Darüber hinaus ist die Unfallzahl bei Leiharbeiter/innen aufgrund fehlender

angespannte Personalsituation aufgrund des Personalabbaus in den Werken der Daimler AG im Vordergrund. So müssen derzeit in den PKW-Werken Sindelfingen, Untertürkheim und Rastatt zusätzliche Leiharbeiter beschäftigt werden, um die Besetzung der Arbeitsplätze in der Produktion sicher zu stellen. Kritisiert wurde zudem das dauerhafte Überschreiten der in der Zukunftssicherung 2012 vereinbarten Quoten für Leiharbeit und Befristungen in den Nutzfahrzeug-Werken. Die Betriebsräte machten deutlich, dass eine Öffnung der Vereinbarung nur dann in Frage käme, wenn gleichzeitig eine Übernahme der Auszubildenden gewährleistet wird und den Leiharbeitern auch hinsichtlich der Schichtzuschläge die gleiche Entlohnung wie den Stammbeschäftigten garantiert wird.

Qualifizierung erheblich höher als bei der Stammbelegschaft.

Leiharbeit wie auch andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse üben darüber hinaus Druck auch auf diejenigen aus, die sich noch in „Normalarbeitsverhältnissen“ befinden und schwächen die einheitliche Interessenvertretung durch Betriebsräte und Gewerkschaften. Die Umsetzung moderner Formen der Arbeitsorganisation – wie z.B. Gruppenarbeit – werden durch den Einsatz von Leiharbeitern aufgrund der Fluktuation und fehlender Qualifizierung erheblich erschwert bis unmöglich gemacht.

Wir, die Betriebsräte der Daimler AG, haben auf diese Entwicklung mit der Zukunftssicherung 2012 reagiert und bei Leiharbeit im Grundsatz das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchgesetzt und auch eine mengenmäßige Beschränkung auf 4% der direkten Arbeitskräfte im Betrieb, max. 2500 gewerbliche Zeitarbeitnehmer im Unternehmen, erreicht.

Wir, d.h. die Kolleginnen und Kollegen in Betriebsräten und die IG Metall,

müssen in Zukunft die Anstrengungen, Leiharbeit sozial akzeptabel zu gestalten, weiter verstärken. Wir halten es für zwingend erforderlich, dass

– die Politik auf die besorgniserregende Entwicklung der Leiharbeit sozial befriedigende Antworten findet.

– Stammbelegschaften darüber aufgeklärt bzw. in der Erkenntnis bestärkt werden, dass die Ausbreitung prekärer Beschäftigung, wie z. B. der Leiharbeit, auch ihren Interessen schadet,

– Betriebsräte systematisch über die Probleme der Zeitarbeit sowie über Möglichkeiten und Rechte im Umgang damit informiert werden.

Mit den Hartz-Reformen wurde fast jegliche Beschränkung der Leiharbeit beseitigt. Gleichzeitig wurde im Ausgleich eine Gleichbehandlung der Leiharbeitnehmer/innen und Stammbelegschaften versprochen.

Wir erwarten von der Politik, dass sie ihre damalige Zusage einlöst und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzt. Wir unterstützen ausdrücklich den Vorschlag des EU-Sozialkommissars Vladimír Spidla, Leiharbeitnehmern künftig spätestens nach 6 Wochen das gleiche Gehalt und die gleichen Sozialleistungen wie festangestellten Arbeitnehmer/innen zu garantieren. Dies wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Gleichzeitig fordern wir gesetzliche Änderungen, die sicherstellen, dass Leiharbeit wieder ein Instrument zur Deckung eines vorübergehenden Personalbedarfs – also zur Flexibilisierung – wird und nicht sichere Beschäftigung ersetzt. Insoweit fordern wir auch eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei Einstellungen, die dies garantiert.

Wir fordern weiter die gesetzliche Klarstellung, dass Leiharbeitnehmer/innen sowohl bei der Größe des Betriebsrates wie auch bei Berechnung der Freistellungen als Beschäftigte mitgerechnet werden. Jeder halbwegs mit den betrieblichen Verhältnissen Vertraute weiß, dass der Arbeitsaufwand der Betriebsräte bei Leiharbeit keineswegs geringer als bei den Stammbelegschaften ist.

Schließlich fordern wir die IG Metall auf, mit all ihren tarifpolitischen Möglichkeiten in allen Unternehmen der Branche faire Arbeitsbedingungen für Leiharbeitnehmer/innen durchzusetzen. Wir begrüßen ausdrücklich den vom Vorstand der IG Metall beschlossenen Aktionsplan Leiharbeit und werden diese Initiative nach Kräften unterstützen.

Wir, die Betriebsräte der Daimler AG, werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, Leiharbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken und dabei alle tarifvertraglichen, rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu ihrer sozialeren Gestaltung zu nutzen.

## Ba-Wü: IG Metall sieht Trendwende bei der Mitgliederentwicklung

BaWü-Seiten der Metall, Nov. 2007: Im Jahr 2007 zeigen sich die Zahlen bei den Mitgliedern in den Betrieben stabil – das erste Mal seit dem Jahr 2001. Im September und Oktober meldeten es etliche Verwaltungsstellen im Land, zum Beispiel Pforzheim: „... negative Mitgliederentwicklung der zurückliegenden Jahre nahezu gestoppt. Gegenwärtig gibt es mehr Neuaufnahmen als Austritte.“ – „Wir sind auf einem guten Weg“, sagt Josef Bechtel, der bei der Stuttgarter Bezirksleitung für den Bereich Mitgliederentwicklung zuständig ist: Seit Januar 2007 sind die Zahlen bei den betriebsangehörigen Mitgliedern stabil. Die Austritte konnten deutlich verringert und die Neuaufnahmen beträchtlich gesteigert werden. Ende September lag der Bezirk bei den

Neuaufnahmen schon einen Monat vor den Zahlen des Jahres 2006. „Und jetzt kommen noch starke Monate“, sagte Bechtel: Im Oktober und November werden die neuen Azubis geworben. Ein Grund für die starke Entwicklung sei der Boom im Maschinenbau, sagt Bechtel. Der Beschäftigungsaufbau schlage sich nun endlich positiv bei den Mitgliederzahlen nieder.

Bezogen auf die Gesamtzahl der Mitglieder – mit Rentnern und Arbeitslosen – konnte die Schere noch nicht ganz geschlossen werden. Besonders die Arbeitslosen kehrten der IG Metall den Rücken. „Aber wir waren schon lange nicht so nahe dran“, sagt Bechtel: Für 2007 sei eine „schwarze Null“ im Bereich des Möglichen.

# KfZ-Unternehmer wollen keine Tarifverträge mehr abschließen

12.10.07. Die Arbeitgeber des bayerischen Kfz-Gewerbes haben beschlossen, künftig keine Tarifverträge mehr abzuschließen. Gleichzeitig sind die Arbeitgeber nun dabei, Schritt für Schritt sämtliche Tarifverträge des Kfz-Gewerbes aufzukündigen. Das hat fatale Folgen für alle Beschäftigten, die nicht Mitglied der IG Metall sind.

Aktuell haben die Arbeitgeber den Manteltarifvertrag für Auszubildende, die Tarifverträge für die Vermögenswirksamen Leistungen, den Tarifvertrag Teil eines 13. Monatseinkommens (Weihnachtsgeld) und den Tarifvertrag über Ausbildungsvergütungen gekündigt. Die Kündigung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen und die angestellten Arbeitnehmer des Kfz-Gewerbes wird nach Einschätzung der IG Metall spätestens zum Ende dieses Jahres erfolgen. Im Manteltarifvertrag ist u.a. die Arbeitszeit, der Urlaub, die Zuschläge und das Urlaubsgeld geregelt.

Die Arbeitgeber des bayerischen Kfz-Gewerbes wollen sich Schritt für Schritt sämtlicher tariflicher Regelungen entledigen – im aktuellen Fall wollen sie sich mit der Tarifvertragskündigung die Möglichkeit eröffnen, den Beschäftigten künftig kein Weihnachtsgeld und keine

um eine Stunde), dann ist der Anspruch auf den Tarifvertrag insgesamt verloren!

*Was bedeutet das für Beschäftigte, die nicht Mitglied der IG Metall sind?* – Für die Kollegen im Betrieb, die nicht bis spätestens 31.12.2007 Mitglied der IG Metall geworden sind, kann die Kündigung des Manteltarifvertrages fatale Folgen haben. Aus dem Arbeitsvertrag heraus werden sich die Ansprüche auf den Tarifvertrag wahrscheinlich nicht herleiten lassen. Außerdem kann der Arbeitgeber diesen nicht in der IG Metall organisierten Arbeitnehmern über eine Änderungskündigung sämtliche Arbeitsbedingungen bis hin zur gesetzlich geltenden Regelung verschlechtern.

Nichtmitglieder und nach der Tarifkündigung neu Eingestellte haben dann grundsätzlich keinen Anspruch auf die Weitergeltung der tariflichen Bedingungen. Für diese Beschäftigten gelten dann lediglich die gesetzlichen Regelungen der Arbeitsbedingungen. Die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland regeln vieles nicht.

Der Arbeitgeber könnte dann bald: • das zusätzliche Urlaubsgeld auf „0“ reduzieren – denn das ist gesetzlich nicht geregelt). • – das Weihnachtsgeld auf „0“ reduzieren – denn das ist gesetzlich nicht

**Zwei Welten.** Die neu geschaffene BMW-Welt im Münchener Norden soll den Kauf eines Autos dieser Marke zum unvergesslichen Erlebnis machen. Der Aufwand, den die Firma dafür treibt ist nicht gerade gering. Das muss finanziert werden. So gehören die KfZ-Unternehmer, die ihren Beschäftigten jetzt keinerlei tarifliche Absicherung mehr gönnen wollen, zu dieser Wertschöpfungs- und Vertriebskette. Im Nachkriegsdeutschland entstand der Kult rund ums Auto (so wie viel früher in den 20er Jahren bereits in den USA), weil das Auto für jeden erschwinglich wurde und Mobilität für alle symbolisierte. Das neue Gebäude, das man passenderweise BMW-Welt genannt hat, dokumentiert das Gegenteil. In der kühlen, beeindruckenden Sprache der modernen Bautechnik sagt es zu den einen: DU hast es geschafft. Und zu den anderen: Das ist NICHT für DICH.



vermögenswirksamen Leistungen mehr zu bezahlen.

*Was bedeutet das für Beschäftigte, die Mitglied der IG Metall sind?* – Nach § 4 des Tarifvertragsgesetzes wirken die Rechtsnormen eines Tarifvertrages auch über den Kündigungstermin hinaus nach. Allerdings nur für die, die vor der Wirksamwerdung der Kündigung des Tarifvertrages, also vor dem 31.12.2007, bereits Mitglied der IG Metall waren.

Wichtig ist, die Beschäftigten dürfen auf keinen Fall einzelvertraglich einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zustimmen. Sobald nur an einer einzigen Stelle der Änderung des Arbeitsvertrages zustimmen würde, (z.B. „nur“ der Verlängerung der Arbeitszeit

geregelt. • – Mehrarbeitszuschläge völlig abschaffen, denn die sind gesetzlich nicht geregelt. • – den Urlaubsanspruch von 6 Wochen auf 4 Wochen absenken (gesetzliche Regelung). • die Einkommen senken (es gibt keinen gesetzlichen Mindestlohn). • die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich auf bis zu 48 Stunden anheben (Gesetz). • den Samstag zum Regelarbeitszeittag machen. • usw.

Die IG Metall München wehrt sich gegen dieses Verhalten der Arbeitgeber und ruft die Beschäftigten auf, sich zu organisieren. Dies geschieht bereits in vielen Kfz-Betrieben, denn die Beschäftigten erkennen die Wichtigkeit des Tarifvertrags für ihre Arbeitsbedingungen.

[www.igmetall-muenchen.de/](http://www.igmetall-muenchen.de/) (mj/ml)

## BDI für Erhalt der Agenda 2010.

FAZ, Sa. 13.10.07. „Nötig ist eine offene Debatte, um die populistische Rücknahme von Reformen zu verhindern,“ sagt BDI-Präsident J. Thumann in einem Schreiben an mehrere tausend Unternehmer und Manager. Die Wirtschaftsführer müssten ihre Bundestagsabgeordneten bei jeder Gelegenheit „zur Wachstumsvorsorge drängen“, mahnte Thumann. „Denn wir sehen es ja, ein kräftiges Wirtschaftswachstum löst viele Probleme in unserem Land.“ Die Agenda 2010 sei ein wichtiger Baustein gewesen, „um so erfolgreich die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen“. Die SPD-Arbeitsgruppe für einen flexiblen Rentenzugang hat inzwischen ihre Forderungen „zur Flankierung der Rente mit 67“ abgeschwächt. Nach ihrem am Freitag vorgelegten Abschlussbericht sei ein erleichterter Zugang zur Erwerbsminderungsrente für Härtefälle nur noch „zu prüfen“.

**Industrie- und Bankenverband warnen vor nationalem Schutzaun.** FAZ, Do. 18.10.07. Der BDI, der Deutsche Bankenverband und der Verband der deutschen Versicherungswirtschaft warnen vor einem Schutzaun gegen unerwünschte ausländische Investoren. Wenn die Politik Maßnahmen gegen Staatsfonds diskutiere, sei dies verständlich, doch in Deutschland gebe es bereits rechtliche Instrumente, um missbräuchliches Verhalten von Investoren zu ahnden. Wenn eine gesetzliche Neuregelung nötig sei, so dürften industriepolitische Interessen und diffuse Globalisierungsängste dabei keine Rolle spielen. Eine Arbeitsgruppe der CDU hatte eine staatliche Genehmigung vorgeschlagen, wenn Ausländer mehr als 25 Prozent bei Unternehmen erwerben, die für die öffentliche Sicherheit wichtig sind oder die „strategische Infrastruktur“ berühren.

## Längere Arbeitszeiten im Osten senken die Arbeitskosten.

FAZ, Die. 16.10.07. Bundesverkehrsminister W. Tiefensee sieht Ostdeutschland auf einem „stabilen Wachstumskurs“ und fühlt sich dabei vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall bestätigt. Ein Viertel aller 104 000 neuen Arbeitsplätze der Branche im Osten entstanden seien, obwohl dort nur ein Zehntel der Mitarbeiter tätig sei. „Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind die längeren Arbeitszeiten“, schreibt Gesamtmetall. Da im Osten für das gleiche Entgelt 38 statt 35 Stunden gearbeitet werde, seien die tariflichen Arbeitskosten um 8 % geringer.

Presseauswertung: rst

**Unterschriftensammlung für  
die Arbeitsgemeinschaft  
„Konkrete Demokratie – Sozia-  
le Befreiung“, ArGe in der Links-  
partei**

Mit der letzten Ausgabe der Politischen Berichte verschickte die ArGe ein Unterschriftenformular für die Bildung einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft in DIE LINKE.

In mindestens acht Landesverbänden müssen sich ein Zweihundertsel der Mitglieder für die Bildung der Arbeitsgemeinschaft aussprechen. Inzwischen sind 72 Unterschriften in Landesverbänden der alten Bundesländer gesammelt worden. Vielen Dank. Das reicht aber noch nicht aus:

Landesverband	Nötige U	Reale U
Baden-Württemberg	9	15
Bayern	8	9
Berlin	48	2
Bremen	2	0
Hamburg	4	1
Hessen	8	2
Niedersachsen	10	6
Nordrhein-Westfalen	21	28
Rheinland-Pfalz	5	0
Schleswig-Holstein	3	9
<b>Gesamt</b>	<b>118</b>	<b>72</b>

Bis jetzt sind erst in vier Bundesländern die nötigen Unterschriften gesammelt worden. Jetzt haben wir noch knapp vier Wochen Zeit. Da, wo man die Mitglieder anspricht, kann man sie für die Unterstützung und Mitgliedschaft der ArGe gewinnen. Gerade die Bundesländer, die wenig Unterschriften sammeln müssen, sollten sich schnell einen Ruck geben und uns die nötigen Unterschriften faxen, mailen oder mit der Post schicken:

Jörg Detjen, c/o GNN Verlag mbH,  
Venloer Str. 440, Tokana-Passage  
50825 Köln.  
Fax: 0221-21 53 73  
Mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Gründungsparteitag DIE LINKE NRW  
auch erledigt**

Am vorletzten Wochenende hat sich neben dem Landesverband Baden-Württemberg auch in Nordrhein-Westfalen der Landesverband DIE LINKE NRW gegründet. Damit hat die LINKE ihre Gründungsphase beendet und ist nun in allen Bundesländern vertreten. Zum Sprecher wurde Wolfgang Zimmermann aus der ehemaligen WASG mit 89 Prozent der Stimmen gewählt, zur Sprecherin Ulrike Detjen aus der Quellpartei PDS mit nur 58 Prozent. Nina Eumann konnte sich mit 168 Stimmen (61 Prozent) gegen Wolfgang Freye mit 108 Stimmen (39 Prozent) als neue Schatzmeisterin durchsetzen. Die Wahl von Nina Eumann überraschte viele Delegierte, da sie sich in der Vorstellungsrunde und der anschließenden

Kandidatenbefragung ausgesprochen schwach präsentierte. So unterstützte sie einen Antrag aus ihrem Heimatkreisverband Mülheim für eine drastische Verringerung der Mitgliederbeiträge, der bei Annahme für die finanzielle Handlungsunfähigkeit des Landesverbandes gesorgt hätte. In den Positionen zur Landespolitik forderten die 300 Delegierten unter anderem die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und der Studiengebühren, gebührenfreie Kindergartenplätze, das Ende der Privatisierungspolitik und Rekommunalisierungen, eine Amnestie für sog. „illegale“ Flüchtlinge, das kommunale Wahlrecht für alle, die Rücknahme der Einschnitte bei der Mitbestimmung in NRW und die Abschaffung von Hartz IV.

Gregor Gysi erwähnt in seiner Grüßungsrede, dass endlich zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg eine nennenswerte Partei links von der SPD existieren würde. Die vorsichtigen Absatzbewegungen von Hartz IV in Teilen der SPD führte er auf die neue Linke zurück. Im Moment sei die SPD aber noch nicht koalitionsfähig für DIE LINKE. Guntram Schneider, DGB-Landesvorsitzender, zeigte bei seinem Auftritt keinerlei Berührungsängste, trotz wütender Attacken vom Generalsekretär der NRW-CDU Hendrik Wüst und FDP-Innenminister Wolf gegen seine Teilnahme am Landesparteitag. Die Gewerkschaften würden jeden Bündnispartner gegen die schwarz-gelbe Regierung Rüttgers benötigen, so Schneider. Er ermunterte DIE LINKE ausdrücklich, sich nicht mit der Oppositionsrolle zufrieden zu geben, und betonte als SPD-Mitglied, dass Parteien dazu da seien, regieren zu wollen, wobei es auf die Bedingungen ankommt.

**Das Bärenfell**

Selbst wenn sie das wollen würde, muss DIE LINKE in NRW 2010 aber erst mal in den Landtag gewählt werden. Bereits jetzt schon breit um sich greifen: die Debatten über Opposition, Koalition oder anderes sind zu diesem Zeitpunkt verfrüht. Und unabhängig von den Ergebnissen der Landtagswahlen bis dahin in anderen Bundesländern braucht DIE LINKE NRW dafür Kandidatinnen und Kandidaten, die geeignet sind, eine sachorientierte und fachlich gute Arbeit zu machen. Die Chancen, das zu gewährleisten, sind nach diesem Gründungsparteitag allerdings mindestens stark getrübt. Denn das schlechte Abschneiden von Ulrike Detjen und die Wahl von Nina Eumann zur Schatzmeisterin sind Beispiele für ein Phänomen, das sich durch alle Wahlen zog. Es konnte der Eindruck entstehen, dass vorwiegend die Kandidatinnen und Kandidaten gewählt wurden, die dazu geneigt haben, Versprechungen aller

Art zu machen, die in der Praxis schwer oder nicht umsetzbar sind. Im Gegenzug wurden Kandidatinnen und Kandidaten, die darauf und auf eine symbolische Sprache verzichtet haben und für eine konkrete und praktische Politik stehen, teilweise regelrecht abgestraft. So z.B. Uwe Vorberg, Stadtrat aus Bochum, der bei der Wahl zu den stellvertretenden Sprechern gegen zwei Kandidaten verloren hat, die bei der Kandidatenvorstellung Kabarett geboten haben.

**Linienkampf contra Pluralismus**

Ein weiteres, grundlegendes Problem ist, dass es in der Linken NRW im Gegensatz zu den anderen Bundesländern besonders stark ausgeprägte Strömungen gibt. Vermutlich sollen so Machtansprüche durchgesetzt werden, im Zusammenhang mit der Auffassung, dass, wer in NRW als dem größten westlichen Landesverband das Sagen hat, es auch in Bezug auf die anderen westlichen Landesverbände hat. Das würde dazu passen, dass sich der Landesverband NRW überwiegend nicht als Teil einer Partei begreift, die in der gesamten Bundesrepublik, also gerade auch im Osten wirkt, sondern sich eher als Konkurrenz dazu begreift. Verbunden ist das mit einer Schwächung der Tradition des Pluralismus aus der alten PDS zugunsten eines Kampfes um die wahre Linie mit Hegemonialanspruch. Das könnte eine Erklärung sein für den Durchmarsch der Strömung Antikapitalistische Linke, die nun über eine Mehrheit im Landesvorstand verfügt. Auch hier konnte der Eindruck entstehen, dass die Zugehörigkeit zu der stärksten Strömung bei Wahlen teilweise ausschlaggebender war als qualitative Maßstäbe. Insgesamt sind im 24-köpfigen Landesvorstand noch neun Mitglieder aus der ehemaligen PDS, wobei mehrere andere landesweit bekannte und anerkannte ehemalige Vorstandsmitglieder nicht mehr vertreten sind.

Für den weiteren Parteiaufbau zeichnet sich noch etwas ab: Rund 30 Prozent der Parteimitglieder in NRW sollen mittlerweile aus der SPD kommen. Im Gegensatz zu den ehemaligen PDS-Mitgliedern, die einen tiefen Bruch mit Zentralismus und undemokratischen Parteistrukturen hinter sich haben, die im Vergleich mit der SED auch in abgeschwächter Form in der SPD bekannt sind, scheinen die ehemaligen SPD-Mitglieder eine ebenso gründliche Aufbereitung ihrer Geschichte noch vor sich zu haben. Dazu ist viel mehr notwendig, als nur gegen die unsoziale Politik der SPD und Hartz IV zu sein. Neben der Parteistrukturdebatte gehören dazu auch Themen wie Notstandsge setze, Berufsverbote, Abschaffung des Asylrechts, der Krieg gegen Serbien, das

Verhältnis zum Staat etc. Die übertriebene Beschäftigung in der Linken mit der SPD zeigt zwar ein unreflektiertes Bedürfnis nach einer solchen Aufarbeitung an, diese muss aber, wie in der alten PDS auch, irgendwie organisiert werden. Leider ist dieser Prozess längst nicht so zwingend wie in der alten PDS, weil ein einfaches Weitermachen für die ehemaligen SPD-Mitglieder heute leichter möglich ist als damals für die PDS. Er ist trotzdem notwendig, denn ohnedem ist das Konzept einer modernen, offenen und pluralistischen Partei mit neueren Antworten als die aus dem vorigen Jahrhundert stark gefährdet.

*Thorsten Jannoff*

#### **Lothar Bisky kandidiert für den Vorsitz der Europäischen Linken**

Bei der letzten Tagung des Vorstands der Partei der Europäischen Linken und des Rats der Parteivorsitzenden standen eine erste kritische Stellungnahme zum Reformvertrag der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer und die Vorbereitung des 2. Kongresses der Partei der Europäischen Linken (EL) vom 23. bis 25.11. 2007 in Prag auf der Tagesordnung.

Der Parteivorstand hat zur weiteren Profilierung der Europäischen Linken als politischer Faktor in der EU und über ihre Grenzen hinaus politische Thesen für den Kongress in Prag verabschiedet. Darin wird auf ein stärkeres gemeinsames Handeln, das gemeinsame Erarbeiten, Vorstellen und Vorantreiben konkreter alternativer Vorschläge zur heutigen – wesentlich neoliberal geprägten – Politik der EU und ihrer Mitgliedsländer orientiert. Mit diesen Thesen wird von den 29 Mitglieds- und Beobachterparteien der Wille bekräftigt, die EL weiter zu profilieren und gemeinsam die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 vorzubereiten. Dazu ist eine intensive Arbeit aller Mitgliedsparteien notwendig ...

Auf der Tagung des Rates der Parteivorsitzenden ging es auch um die anstehenden Vorstandswahlen. Der Vorsitzende der EL, Fausto Bertinotti, hat Lothar Bisky als Kandidaten für den Vorsitz der Partei der Europäischen Linken vorgeschlagen. Fausto Bertinotti würdigte die besondere Rolle und das große Engagement von Lothar Bisky für die Gründung der neuen, gesamtdeutschen linken Partei. Er sei einer der Aktivisten der Europäischen Linkspartei und ein Mann des Ost-West-Ausgleichs der europäischen Linken. Der Vorschlag fand breite Zustimmung bei den anderen Mitgliedsparteien. Lothar Bisky wird sich in Prag der Wahl stellen.

*Zusammenstellung: jöd*

**DIE LINKE. im Stadtrat Stuttgart**

# **Nur eine sozial gerechte Stadt ist eine zukunftsfähige Stadt!**

Wir dokumentieren leicht gekürzt die Haushaltrede der Stadträtin Ulrike Küstler, DIE LINKE., vom 25.10.07

Eine moderne Stadtgesellschaft entwickelt sich nur dann gut, wenn die Lebensbedingungen aller Einwohner/-innen gesichert sind. Große Investitionen und Events nützen nichts, wenn zugleich Sektoren der Armut und Ausgrenzung wachsen. *Armut muss darum bekämpft werden.* Zentrale Punkte sind meiner Meinung nach dabei Maßnahmen gegen die Kinderarmut und die Verbesserung der BonusCard. Zweitens: Die Aufgabe der Stadt ist die *Erbringung öffentlicher Güter*, d.h. die Da- seinsvorsorge und die Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner. Dafür ist jedoch eine gut aufgestellte funktionierende Stadtverwaltung, der Ämter und Betriebe die Voraussetzung. Der dritte zentrale Punkt für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ist die *Weiterentwicklung der kommunalen Demokratie*. Die Beteiligung aller Einwohner/-innen an der Entscheidungsfindung für wichtige Angelegenheiten und vor allem die Finanzen muss ermöglicht werden. Darum fordere ich zusammen mit SÖS einen Beteiligungshaushalt. Viertens *Finanzierung:* Stuttgart ist reich genug, um ohne Schuldenzuwachs die notwendigen Aufgaben zu erfüllen.

1. **Bekämpfung der Armut und der Kinderarmut.** Wir können als Stadtverwaltung und als Gemeinderat die Bundesgesetze nicht ändern. Aber wir können laut und deutlich die Rücknahme der Hartz-Gesetze fordern, die zur Verarmung von Kindern, Langzeitarbeitslosen und Hilfebedürftigen und zu Altersarmut führen. Und wir können laut und deutlich vom Bund eine deutliche Anhebung der Regelsätze fordern. Für mich als Stadträtin ist jedoch ganz entscheidend, was die Stadt tut zur Armutsbekämpfung. Wir setzen durch die Haushaltbeschlüsse die Rahmenbedingungen dafür, ob die Teilhabe aller Einwohner/-innen am gesellschaftlichen Leben gesichert wird, ob wir das gesunde Aufwachsen der Kinder unterstützen und ihre Bildungschancen sichern.

Darum fordere ich, dass die *BonusCard* ausgebaut wird. Zum ersten muss die Einkommensgrenze für die Zugangsberechtigung erhöht werden. Die Armutsgrenze in Baden-Württemberg hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Damit fallen bisher Berechtigte

heraus. Die Lücke beträgt gut 200 Euro. Deshalb fordere ich eine Anhebung auf den Betrag von 898 Euro für Erwachsene als Richtwert, den die Landesstatistik als Armutsgrenze nennt. Zweiter Punkt: Ohne Möglichkeit, am öffentlichen Nahverkehr teilzunehmen, gibt es keine Mobilität und keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Bonuscard muss daher die Tarifstrukturänderung und Preiserhöhung des VVS ausgleichen. Für BonusCard-Berechtigte soll die Stadt Strom, Gas, Wasser subventionieren. Und der Bibliotheksausweis soll kostenlos sein.

Für Kinder fordere ich einen Beitrag zu den *Schulkosten*. Der Skandal ist, dass alle in der Politik über Bildungsgerechtigkeit sprechen und gleichzeitig in den Regelsätzen von SGB II und SGB XII 0 Euro 0 Cent für Bildung vorgesehen sind, für Kinder 60%, also 60% von 0,00 Euro. Daher soll die Stadt für jedes Kind 120 Euro bereitstellen für Lernmittel und andere Gegenstände, für die Erstklässler auch einen Ranzen und eine Schultüte. Außerdem muss das Schulesen bei allen Betreuungs- und Bildungsangeboten, die in den Nachmittag dauern, kostenlos sein. Zum einen sichert es die Ernährung armer Kinder. Zum anderen werden arme Kinder durch die für sie unbelzahlbaren Kosten von der Teilnahme an Bildung und Betreuung abgehalten. Das darf nicht sein.

Wenn wir *Bildung und Gesundheit von Kindern* sichern wollen, ist der Weg richtig, das Angebot für alle zu verbessern und auszubauen und dabei alle Zugangsbarrieren abzubauen. Das bedeutet Bildungsgerechtigkeit. Deshalb sollen in Stuttgart künftig nicht mehr über 5.000 Kinder in der Verlässlichen Grundschule und in der Flexible Nachmittagsbetreuung mit Billigangeboten versorgt werden. Stattdessen müssen Horte eingerichtet werden, die die fachlichen Standards des Jugendamtes einhalten. Das erfordert qualifiziertes Personal und ausreichende Ausstattung mit Räumen, Lern- und Spielmaterial. Leider schlägt hier unsere Stuttgarter schwarz-grüne Teilzeitkoalition einen anderen Weg ein: In den letzten Haushaltsberatungen wollten sie die BonusCard verschlechtern statt verbessern. Diesmal tun sie sich zusammen, um die Kitas aus dem *Jugendamt auszugliedern in einen Eigenbetrieb*. Das lehne ich strikt ab. Diese organisatorische Maßnahme verfolgt nur das Ziel, konservative Vorstellungen in der Bildung zu befördern, nämlich a) die Ver-

schulung der Vorschulbildung statt einer speziellen fortschrittlichen Bildung in den ersten Bildungsjahren und b) die Nivellierung der Betreuungsstandards nach unten unter dem Druck, Kosten zu sparen, wie man an der Angleichung der Standards der Betreuungsangebote Verlässliche Grundschule und Hort an der Schule bereits beobachten kann.

In Stuttgart sind wir seit Jahren in punkto *Bildungsgerechtigkeit* ein Schlusslicht. Bei Wirtschaftskraft- und ähnlichen Benchmarkings – also beim Reichtum – liegen wir immer auf den ersten drei Plätzen, bei der Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, liegen wir dagegen weit hinten, in der Gegend 30. Platz. 12,8 Prozent der Hauptschulabgänger gingen 2006 ohne Abschluss ab, bei den Nicht-Deutschen sind es sogar 17,2 Prozent. Die Tendenz ist steigend. Für diese jungen Menschen ist die lebenslange Armut vorprogrammiert. Die Übertrittsquoten auf die Realschule und aufs Gymnasium dümpeln auf niedrigen Niveau. Da sollte man sich doch mal am Kopf kratzen und die bisherigen Maßnahmen überdenken. Stattdessen setzt die Stadt weiterhin auf sogenannte Ganztagsschulen mit außerschulischer Betreuung, ein Billigmodell. Für diese Betreuung unterhalb des Jugendhilfestandards müssen die Eltern sogar noch bezahlen, was ich für rechtswidrig halte – es sei denn man sagt ehrlich, das sind gar keine Ganztagsschulen. Stattdessen fordere ich, dass alle Eltern in den sozial schwächeren Stadtteilen ein qualifiziertes und kostenloses Ganztagsschulangebot für ihre Kinder bekommen.

Dritter Punkt der Armutsbekämpfung, der wiederum allen zugute kommt, der *soziale Wohnungsbau*. In Stuttgart gibt es an die 4.000 Notunterkünfte von der Notfallversorgung über sog. Sozialhotels, Interimswohnen bis zu Fürsorgeunterkünften. Nochmal so viele Leute stehen auf der Warteliste. Daher beantrage ich 500 Sozialwohnungen für benachteiligte Gruppen auf dem Wohnungsmarkt – Menschen in Wohnungsnot, mit niedrigem Einkommen, mit Kindern und für bleibeberettigte Flüchtlinge und ihre Kinder, außerdem 500 Wohnungen für junge Leute – Studierende und Auszubildende. Durch diese Wohnungen könnten wir die Wohnungsnotfallkartei deutlich verkleinern und gleichzeitig den erhitzten Wohnungsmarkt leicht kühlen, also die Mieten für Leute mit Normaleinkommen erschwinglicher machen.

2. Die Ämter, Eigenbetriebe und Unternehmen der Stadt müssen so aufgestellt und ausgebaut werden, dass sie die notwendigen öffentlichen Güter ausreichend und in hoher Qualität erbringen können. Die Notwendigkeit, dafür Stellen in Gesundheitsamt, Jugendamt und Sozialamt zu schaffen, habe ich schon erläutert. Deshalb fordere ich Sie,

Herr Oberbürgermeister, auf, dafür einzutreten, dass der so genannte Ressourcengewinn aus der Arbeitszeitverlängerung tatsächlich der Qualität der Dienstleistung und der Entlastung der Beschäftigten zugute kommt. Sorgen Sie bitte dafür, dass für neue Aufgaben, sei es Fallmanagement für Behinderte, seien es notwendige Stellen zum Kinderschutz beim ASD, seien es neue Stellen für neue Kinderbetreuungsplätze, dass diese erforderlichen neuen *Stellen geschaffen und die Stellenkürzungen beendet* werden. Die Stadtverwaltung soll auch ihr Ausbildungsplatzangebot deutlich verbessern.

Zu städtischen Betrieben: Das *Klinikum* muss durch den Tarifvertrag des Marburger Bundes, durch unzureichende Fallpauschalen, durch Preiserhöhungen usw. zusätzlich rund 12 Mio. Euro verkraften. Das will der Kämmerer noch auf die schon kaum tragbare Last des Defizitausgleichs packen, den die Belegschaft unverschuldet schultern muss. Hier muss ein Investitionszuschuss Erleichterung schaffen.

Bei der *SSB* strebt unser Kämmerer eine Deckelung des Betriebskostenzuschusses auf 25 Mio. an. Das bedeutet aber bei Preissteigerungen und bei zu erwartenden Tariferhöhungen von rund 2 Prozent jährlich realiter eine Kürzung, die letztendlich auf Kosten des Personals geht. Gleichzeitig muss die SSB Kosten aus Stuttgart 21 für Streckenverlegungen, Verlegung und Neubau von U-Bahnköpfen und Kosten für Umlenkung des Verkehrs in der Bauzeit schultern. Das muss die Stadt ausgleichen. Und die Stadt muss der SSB für soziale Aufgaben einen Ausgleich geben. Nur so kann die SSB ihr gutes Angebot halten und ausbauen und ihren zentralen Beträge gegen die Luftverschmutzung leisten.

3. Kommunale Demokratie: Gemeinsam mit Herrn Stadtrat Rockenbauch stelle ich den Antrag, künftig einen Beteiligungshaushalt aufzustellen, bei dem alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter mitdiskutieren und Vorschläge machen und so die Entscheidungen beeinflussen können. Dies wäre ein großer Fortschritt. Die Möglichkeit für Einwohnerinnen, auf den Haushalt Einfluss zu nehmen, die damit verbundene Notwendigkeit, dass die Stadtverwaltung ihre Planungen, deren Folgen und Kosten in dem Beteiligungsprozess vorstellt, das wäre zum Beispiel bei Stuttgart 21 sehr hilfreich gewesen. Übrigens auch für den Gemeinderat oder die Befürworter des Projektes. Eine Bürgerumfrage alle zwei Jahre kann die inhaltliche Beteiligung der Einwohnerchaft nicht ersetzen. Diesen Antrag habe ich schon einmal gestellt. Er wurde damals von allen anderen im Gemeinderat abgelehnt. Seitdem haben viele Städte einen Beteiligungshaushalt eingeführt oder eingeleitet. So haben in

Freiburg alle Fraktionen im Gemeinderat – CDU, SPD, Grüne, FDP bis hin zu den drei unabhängigen Listen – gemeinsam einen Freiburger Weg zum Beteiligungshaushalt beschlossen. Wir – SÖS und die LINKE. – meinen, für Stuttgart ist es jetzt höchste Zeit, diesen Weg zu gehen. Die Kluft zwischen Gemeinderat und Stadtverwaltung einerseits und der Bevölkerung andererseits in wichtigen Fragen – um die Olympiabewerbung und Stuttgart 21 als herausragende zu nennen, aber auch Gestaltung der Kulturmeile, der Nachnutzung des Killesbergs etc. – überall gibt es den Wunsch, mitzureden und mitzustalten. Für Stuttgart böte sich die Möglichkeit, die neue Haushaltsform, Doppik, gleich so aufzubereiten, dass die Demokratie gefördert wird.

Zur städtischen Demokratie gehört auch die Zurückdrängung antisemitischer, fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Ideologien und Organisationen. In Baden-Württemberg gibt es besonders viele antisemitische Straftaten. Im dritten Quartal 2007 stand es auf Platz 5 bei den 16 Bundesländern. Ein beschämender Vorfall war vor kurzem die Friedhofsschändung in Freudental. Anfang Oktober beschmierten so genannte Nationale Sozialisten in Ebersbach die Realschule und bedrohten die Schule. Gestern berichtete die Presse über Hakenkreuzschmierereien am Salienschulzentrum in Waiblingen. Auch in Stuttgart sind Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus deutlich spürbar vorhanden. Die Stadtverwaltung weist in der Begründung zu dem Programm „Vielfalt tut not“ darauf hin. Leider gibt es das Programm nur in einem Stadtteil, die kleinräumige Auswertung der Wahlergebnisse zeigt jedoch, dass auch andere Stadtteile das Problem haben. Diesen Sommer wurde ein Stuttgarter ausländischer Abstammung tatsächlich angegriffen und verletzt. Rechtsextreme Organisationen versuchen verstärkt, in Stuttgart Fuß zu fassen. Darum beantrage ich, dass in der Stadtverwaltung eine / einen Beauftragten für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bestellt und die antifaschistische und antirassistische Arbeit von Vereinen und Initiativen unterstützt.

4. Zur Finanzierung des städtischen Haushalts: Den Vorschlag der bürgerlichen Parteien, die *Grundsteuer zu senken, lehne ich ab*. Als sich im Vorfeld diese Forderung abgezeichnet hat, habe ich versucht, aktuelle Zahlen über die Verteilung des Grundeigentums bzw. der Grundsteuer zu bekommen. Die habe ich vom Statistischen Amt nicht erhalten. Die Zahlen von 2000 sagen aber, dass in Stuttgart von der eingezogenen Grundsteuer 47,7% für Geschäftsgrundstücke bezahlt werden, 20% für

Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen und nur 17,4% für Mietwohngrundstücke. Vorher habe ich schon aufgezeigt, wie Mietsteigerungen entgegengewirkt werden kann. Darin liegt also kein unlösbares Problem. Als Wirtschaftsförderung kann man die Senkung der Grundsteuer nicht bezeichnen, denn die Realsteuern in Stuttgart – Grundsteuer und Gewerbesteuer – sind sowieso schon niedrig. Angesichts der Eigentumsverhältnisse in Stuttgart ist die Senkung der Grundsteuer ein Geschenk der bürgerlichen Parteien an die eigene Klientel und an den Haus- und Grundbesitzerverein.

Aber unser Kämmerer ist ja nicht in Not. Zum einen hat er seine Sparkässchen. So sind im letzten Doppelhaushalt von der Bundesregierung beim Sozialamt mehr als 60 Mio. Euro eingegangen als Anteil für die Kosten der Unterkunft. Im Doppelhaushalt 2006/2007 veranschlagt waren aber nur 5 Mio. pro Jahr, obwohl am Tag der Beschlussfassung 18. Dezember 2005 dem Kämmerer sicher schon bekannt war, dass das Geld kommt. Da gibt es also einen Haushaltsrest von etwa 50 Mio. Euro. Die bitte ich zur Gegenfinanzierung meiner Haushaltsanträge einzusetzen.

Ein weiterer Sparvorschlag ergibt sich, wenn die Stadt aufhört, die Firma VfB, eines der großen wirtschaftlichen Unternehmen der Sparte Sport, zu sponsern. Über 50 Mio. Euro hat die Stadt in den letzten Haushaltsjahren für den Stadionumbau gezahlt. Das ist dem VfB jetzt nicht mehr gut genug. Er will das ganze Stadion und das mit Preisnachlass von 17 Mio. Euro und ohne Rückzahlung der 15 Mio. Landeszuschuss. Alte Schulden des VfB bei der Stadt von 33 Mio. Euro sind auch noch da. Da reizt es mich doch, noch mal auf den Zustand der Schulen und Schulsportanlagen hinzuweisen.

Dann gibt es ja durchaus noch Reserven, wenn zukünftig dopingbelastete Sportgroßereignisse nicht mehr mit städtischer Hilfe finanziert werden. Das geht von Olympiabewerbung bis Rad-WM. Aber bei Profisport ist man in keiner Sportart vor Betrug gefeit.

Und schließlich kostet Stuttgart 21 auch an Stellen Geld, wo es noch gar nicht beziffert wird – siehe SSB.

Rechnet man noch hinzu, was die bürgerliche Mehrheit den Grundbesitzern schenken will, so ist genug da, um alle Vorschläge – gegen die Armut, für die Kinder und Jugendlichen, für eine gute Ausstattung der städtischen Betriebe und für eine gerechte Behandlung der städtischen Bediensteten – zu bezahlen. Von den jetzt zum dritten Mal für den Kämmerer so überraschenden Mehreinnahmen habe ich noch gar nicht geredet. Es werden sicher wieder mehrere Hundert Millionen Euro für die Zuführungsraten zum Vermögenshaushalt bleiben. (...)

### **Sozialdialog und Offene Methode der Koordinierung**

## **Wachsender Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Politikgestaltung?**

In den Politischen Berichten 12/2007 wurde in dem Artikel „Das Europa, das wir wollen“<sup>1</sup> die Offene Methode der Koordinierung als ein Verfahren vorgestellt, das den Einfluss zivilgesellschaftlicher Diskurse in die Koordinierung europäischer Politiken zulässt und somit als Bezugspunkt emanzipatorischer Bestrebungen genutzt werden kann. In einem weiteren Artikel, „Grünbuch der Europäischen Kommission zu Beschäftigungspolitik und Arbeitsvertragsrecht“<sup>2</sup>, wurde stichpunktartig das Konsultationsverfahren in Zusammenhang mit Rechtsetzungsvorgängen erwähnt. Im folgenden Artikel sollen zum besseren Verständnis der verschiedenen Verfahren im Bereich der europäischen Sozialpolitik der Soziale Dialog und die Offene Methode der Koordinierung (OMK) erläutert und kontroverse Standpunkte zur OMK vorgestellt werden.

Koordinierungsverfahren für die europäische Politik lassen sich relativ weit zurückverfolgen. In den sechziger und siebziger Jahren wurden Programmplanungsdebatten mit wissenschaftsgestützten Bewertungsprogrammen gekoppelt, um politische Ziele zu begründen. Institutionell verankert ist die Einbeziehung des Europäischen Parlaments (wo es kein Mitentscheidungsrecht hat), des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen durch das Recht auf Stellungnahmen. Durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam ist den Sozialpartnern stärkerer Einfluss gegeben worden. Im Titel XI der Verträge zu Sozialpolitik, allgemeine und berufliche Bildung und Jugend, ist a) in Artikel 137(3) vorgesehen, dass die Sozialpartner auf nationaler Ebene mit der Um-

### **Politikbereiche, in denen die OMK Anwendung findet**

- Bessere Rechtsetzung
- Aus- und Weiterbildung
- Unternehmenspolitik
- Informationsgesellschaft
- Forschung und Entwicklung
- Arbeitsschutz
- Sozialer Ausgrenzung/Bekämpfung der Armut
- Umweltpolitik
- Gesundheitssystem/Altenpflege
- Migrationspolitik
- Jugendpolitik
- Rentensysteme
- Tourismus

setzung europäischer Richtlinien befreit werden können, und b) in Artikel 138 (4), dass die europäischen Sozialpartner im Rahmen sozialpolitischer Initiativen der Kommission eine freiwillige Vereinbarung abschließen wollen. (Siehe hierzu auch den Kasten mit Auszügen aus den Artikeln 136 bis 140.) Diese Vereinbarung kann dann über den Rat Allgemeinverbindlichkeit erlangen. Damit sind den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden auf der Basis von Konsensverfahren recht weitreichende Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene gegeben.

### **Sozialpartnervereinbarungen**

Auf dieser Basis sind bisher Vereinbarungen zu Elternurlaub, Teilzeit und befristeter Beschäftigung getroffen worden. Allerdings ist diese Verhandlungsform in der Krise. UNICE, der europäische Dachverband der Arbeitgeber, zeigt wenig Neigung, weitere Vereinbarungen abzuschließen. So ist eine Verhandlung über Leiharbeit gescheitert. Der EGB seinerseits hat für solcherart Verhandlungen kaum Mittel, da die Gewerkschaften auf der europäischen Ebene nur unter großen Mühen mobilisierungsfähig sind. Vereinbarungen basieren ausschließlich auf Konsens und sind somit abhängig von Entwicklungen und Auseinandersetzungen auf anderen politischen Feldern bzw. auf nationaler Ebene. Der Korporatismus der europäischen Sozialpartner strahlt nur begrenzt auf die nationalen Verbände zurück. Und manchmal werden Vereinbarungen wohl auch um der eigenen Legitimation willen gesucht. (Siehe Kasten „Fehlsprung Sozialpartnervereinbarung“.)

Die Pflege des Sozialdialoges obliegt der Kommission. Er wird sowohl zentral als auch sektoral (es gibt eine Liste anerkannter Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) finanziell und personell von der Kommission unterstützt. Die starke Rolle, die dem sozialen Dialog zugedacht ist, setzt institutionell verankerte und durchsetzungsfähige Gewerkschaften voraus, die jedoch in Europa nicht überall anzutreffen sind. So setzte die EU enorme Mittel ein, um in einigen neuen Mitgliedsstaaten halbwegs funktionierende gewerkschaftliche Strukturen zu installieren, damit die tripartistischen Einrichtungen überhaupt entstehen können, die in verschiedenen Politikbereichen vorgesehen sind.

### **Weiche Regulierung durch Koordinierung**

Wurde die freiwillige Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern sukzessive im Bereich der sozialpolitischen Themen des Kapitels XI eingeführt, so war die Entwicklung der OMK auf die Beschäftigungspolitik bezogen (Kapitel VIII), für den die Verträge Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten jedoch kei-

# **Titel XI** **Sozialpolitik, allgemeine und berufliche Bildung und Jugend**

## **Kapitel 1** **Sozialvorschriften**

### **Artikel 136**

Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte ... folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

### **Artikel 137**

(1) Zur Verwirklichung der Ziele des Artikels 136 unterstützt und ergänzt die Gemeinschaft die Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf folgenden Gebieten:

- a) Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer,
- b) Arbeitsbedingungen,
- c) soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer,
- d) Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags,
- e) Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer,
- f) Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung, vorbehaltlich des Absatzes 5,
- g) Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der Gemeinschaft aufhalten,

h) berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgesgrenzten Personen, unbeschadet des Artikels 150,

- i) Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz,
- j) Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung,

k) Modernisierung der Systeme des sozialen Schutzes, unbeschadet des Buchstabens c.

(2) Zu diesem Zweck kann der Rat

- a) unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung ... die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ... fördern;

b) in den in Absatz 1 Buchstaben a bis i genannten Bereichen ... Mindestvorschriften erlassen ...

(3) Ein Mitgliedstaat kann den Sozialpartnern auf deren gemeinsamen Antrag die Durchführung von aufgrund des Absatzes 2 angenommenen Richtlinien übertragen.

...  
(4) Die aufgrund dieses Artikels erlassenen Bestimmungen

— ...

— hindern die Mitgliedstaaten nicht daran, strengere Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu treffen, die mit diesem Vertrag vereinbar sind.

(5) Dieser Artikel gilt nicht für das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht.

### **Artikel 138**

(1) Die Kommission hat die Aufgabe, die Anhörung der Sozialpartner auf Gemeinschaftsebene zu fördern, und erlässt alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu erleichtern, wobei sie für Ausgewogenheit bei der Unterstützung der Parteien sorgt.

(2) Zu diesem Zweck hört die Kommission vor Unterbreitung von Vorschlägen im Bereich der Sozialpolitik

die Sozialpartner zu der Frage, wie eine Gemeinschaftsaktion gegebenenfalls ausgerichtet werden sollte.

(3) Hält die Kommission nach dieser Anhörung eine Gemeinschaftsmaßnahme für zweckmäßig, so hört sie die Sozialpartner zum Inhalt des in Aussicht genommenen Vorschlags. Die Sozialpartner übermitteln der Kommission eine Stellungnahme oder gegebenenfalls eine Empfehlung.

(4) Bei dieser Anhörung können die Sozialpartner der Kommission mitteilen, dass sie den Prozess nach Artikel 139 in Gang setzen wollen. ...

### **Artikel 139**

(1) Der Dialog zwischen den Sozialpartnern auf Gemeinschaftsebene kann, falls sie es wünschen, zur Herstellung vertraglicher Beziehungen, einschließlich des Abschlusses von Vereinbarungen, führen.

(...)

### **Artikel 140**

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags fördert die Kommission im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des Artikels 136 die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und erleichtert die Abstimmung ihres Vorgehens in allen unter dieses Kapitel fallenden Bereichen der Sozialpolitik, insbesondere auf dem Gebiet

- der Beschäftigung,
- des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen,
- der beruflichen Ausbildung und Fortbildung,
- der sozialen Sicherheit,
- der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten,
- des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit,
- des Koalitionsrechts und der Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. (...)

ne direkte Rechtsetzung vorsehen.

Auf Basis des Vertrages von Amsterdam wurde 1997 die „Europäische Beschäftigungsstrategie“ in Leben gerufen. Das Ziel der Koordinierung nationaler Beschäftigungspolitiken sollte mittels Leitlinien, nationalen Aktionsplänen und Berichten erreicht werden. Die OMK wird dann erstmals 2001 im Weißbuch „Europäisches Regieren“ beschrieben. „Die offene Koordinierungsmethode wird fallweise angewandt. Sie fördert die Zusammenarbeit, den Austausch, bewährte Verfahren sowie die Vereinbarung gemeinsamer Ziele und Leitlinien von Mitgliedsstaaten, die manchmal wie im Falle der Beschäftigung und der sozialen Ausgrenzung durch Aktionspläne von Mitgliedsstaaten unterstützt werden. Diese Methode

beruht auf einer regelmäßigen Überwachung der bei der Verwirklichung dieser Ziele erreichten Fortschritte und bietet den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, ihre Anstrengungen zu vergleichen und aus den Erfahrungen der anderen zu lernen.“<sup>3</sup>

Heute wird die OMK in einem guten Dutzend von wesentlich sozialpolitischen Themenkomplexen angewandt. Die OMK basiert auf den Prinzipien der Subsidiarität und der Konvergenz. Als Schlüsselemente der OMK gelten: Führen nach Zielen und Empfehlungen, gegenseitiges Lernen, benchmarks, Länderüberwachung und statistische Vergleiche sowie ein integrierter Ansatz, d.h. die Einbeziehung jeweils relevanter anderer Politikbereiche.

Gleichwohl gibt es nicht die OMK.

Man kann verschiedene Varianten unterscheiden. OMK mit Leitlinienprozess führt zu allgemeinen Zielvorgaben und Zeitplänen einschließlich Instrumenten der Überwachung und Evaluierung, die den Mitgliedsstaaten vorgegeben werden. Dieser Ansatz ist im Abschnitt Beschäftigungspolitik in Artikel 128 fixiert. Hinsichtlich der Überwachung werden Berichte von einem Land über ein anderes angefertigt, sogenannte peer reviews. In Prozessen ohne Leitlinien wird die Umsetzung allgemeiner Ziele nur noch über Benchmarks gesteuert. Bei der OMK in Form des Erfahrungs- und Informationsaustauschs geht es lediglich um die Verbreitung „Guter Praktiken“. Generell hat die OMK zwar einen informellen Charakter und bleibt außerhalb der Kompetenz-

ordnung, praktisch hat sie in den letzten Jahren jedoch enorme Wirkungen entfaltet.

## Diskussion

Einer der Vorteile der OMK wird in ihrer Geschwindigkeit und Dynamik gegenüber normalen Steuerungs/Rechtssetzungsprozessen in der EU gesehen. Bei der OMK definiert der Rat die allgemeinen politischen Ziele, die Kommission setzt diese in politische Programme für die Mitgliedsstaaten um, und diese können mit der operationalen Umsetzung beginnen. Mit der Einbeziehung der nationalen und auch lokalen oder sektoralen Akteure in den Phasen der Konsultation und bei der konkreten Umsetzung beginnt dann ein rekursiver Prozess des gegenseitigen Lernens, der von der Kommission aktiv durch Berichte, Anreize usw. unterstützt werden soll. Ein weiterer Vorteil wird in der Möglichkeit gesehen, ohne die Rechts- und Verwaltungstraditionen der einzelnen Mitgliedsstaaten angleichen zu müssen und bei wachsender Heterogenität (neue Mitgliedsstaaten), dennoch Synergien in wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen erzeugen zu können.

Befürworter hoffen also, auch ohne weiteres Kompetenzen von der nationalen auf die EU-Ebene zu verlagern, in sensiblen Politikbereichen Angleichungseffekte zu erzielen. Durch die mögliche Einbeziehung verschiedenster zivilgesellschaftlicher Akteure wird, ohne die Subsidiarität aufzugeben, ein Entwicklungsprozess möglich gemacht, der wesentlich auf Austausch und Ergebnissen beruht und verhindern soll, dass soziale Interessen ausgegrenzt werden.

An den Mechanismen der Zielsetzung, Reformulierung von Zielen und den Bewertungsverfahren setzen aber auch die Kritiker der Methode an. Sie sehen in der OMK eher die Tendenz zu einer Zentralisierung der politischen Entscheidungen bzw. Zielvorgaben. Die OMK ist stark auf die Akteure Kommission und Rat fokussiert. Auf Basis von jährlichen Berichten wird eine Diskussion von Rat und Kommission über die Weiterentwicklung der Methode geführt. Das Parlament spielt in diesem Prozess keine aktive Rolle. Es sei ein technokratisches Instrument der fusionierten Exekutiven mit der Kommission im Zentrum, deren Zweck die Produktion von Politikprogrammen ist, die letztlich durch andere Imperative (vor allem die neoliberalen Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik, die Stabilitätspolitik der EZB usw.) fundiert sei. Eine Schwächung des Europäischen Parlaments und damit demokratischer Verfahren sei intendiert.

In einer Publikation des EGB<sup>4</sup>, der sich wesentlich positiv auf die Methode bezieht, werden für den künftigen Entwicklungsweg zwei möglich Perspektiven beschrieben. Eine Richtung in der Diskussion ziele auf substanzelle Än-



derungen, die der Kommission stärkere Mittel zur Durchsetzung der allgemeinen Zielvorgaben gegenüber den Mitgliedsstaaten geben würde. Der andere Pol der Diskussion, dem auch der EGB zuneigt, setzt eher auf weichere Zielvorgaben und eine Stärkung der Instrumente zur Überprüfung der Umsetzungspraktiken sowie des gegenseitigen Lernens.

Als Maßnahmen (mit Bezug auf die Beschäftigungspolitik und Sozialen Zusammenhalt) werden unter anderem vorgeschlagen:

- Bestätigung der nationalen Aktionspläne durch die Parlamente, um die Legitimität zu stärken
- Die Öffnung der jährlichen bilateralen Treffen zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten für alle Stakeholder
- Generell die stärkere Einbeziehung der Sozialpartner und von Nichtre-

gierungsorganisationen

- Einrichtung eines europäischen Observatoriums, dass insbesondere die Berichterstattung und das Benchmarking beobachten, aber auch Vorschläge für die Weiterentwicklung der Methode machen sollte
- Stärkerer Einsatz von Mitteln (Strukturfonds) für die nationalen Aktivitäten.

rog

1 Das Europa, das wir wollen; Politische Berichte 12/2007, S. 19-23

2 Grünbuch der europäischen Kommission zu Beschäftigungspolitik und Arbeitsvertragsrecht; Politische Berichte 17/2007, S. 21-23

3 Europäische Kommission: Europäisches Regieren – Ein Weißbuch, S. 28

4 Niklas Noaksson: Bridging the delivery gap in the Open Method of Co-ordination; ETUI-RESH Research Department, Brussels 2006

## FehlSprung Sozialpartnervereinbarung

Quarzstäube sind nachgewiesenermaßen krebserzeugend und von der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) in Lyon entsprechend eingestuft. Seit Jahren gibt es die Forderung, Quarzstäube in die europäische Richtlinie über karzinogene Arbeitsstoffe aufzunehmen. Dies wird auch vom Wissenschaftlichen Ausschuss für Arbeitsplatzgrenzwerte (SCOEL) unterstützt, der die Europäische Kommission in diesen Fragen berät. Die Europäische Kommission blieb untätig, obwohl im Jahre 2004 die erste Konsultationsphase für eine Revision der entsprechenden Richtlinie gestartet wurde. Stattdessen hat die Kommission mit viel Nachdruck eine intersektorale „autonome“ Sozialpartnervereinbarung protegiert.

Letztlich haben die europäischen Metall- und Chemiegewerkschaften mit einer ganzen Reihe von Hersteller- und Anwenderverbänden gegen den Widerstand der europäischen Baugewerkschaft im April 2006 eine Vereinbarung für bessere Quarzstaub-Prävention am Arbeitsplatz abgeschlossen. Dies wurde dann als neue Qualität der Sozialpartnerbeziehungen (erste intersektorale Vereinbarung) gefeiert. Bisher wurden keine Berichte über die Umsetzung dieser Vereinbarung publiziert. Vor dem Hintergrund der damaligen Auseinandersetzungen kann man jedoch davon ausgehen, dass eine erfolgreiche Umsetzung entsprechend publiziert worden wäre. Jedenfalls hat die Europäische Kommission die Vereinbarung zum Anlass genommen, die nötige Aufnahme von Quarzstäuben in die Krebsrichtlinie auch weiterhin nicht zu erwägen.

**2. bis 4. November. Hamburg.** Energiepolitische Konferenz der Fraktion der Linkspartei im Bundestag.

**4. bis 10. November. Leipzig.** 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall mit Vorstandswahlen.

**7. bis 9. November. Potsdam.** Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: *Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung.* Nähere Info: [www.bagw.de](http://www.bagw.de).

**9./10. November. Hannover.** *Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist.* Bundesweite Konferenz der Partei und Bundestagsfraktion Die Linke. Hannover Congress Centrum (HCC), Theodor-Heuss-Platz. Die „Verteidigung des Öffentlichen“, d.h. der politische Einsatz für den Erhalt, die Stabilisierung und Ausweitung der öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere derjenigen, die zur Sicherung der Daseinsvorsorge und sozialen Teilhabe notwendig sind, gegen Privatisierungsbestrebungen; der politische Einsatz für die sachgerechte, problemlösungsorientierte (Um-)Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen; das Herstellen von Transparenz und demokratisch legitimierter Steuerung der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen; der politische Ausgleich zwischen den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Einrichtungen/Dienstleistungen, den Beschäftigten und der Allgemeinheit; gehört zu den zentralen politischen Schwerpunkten der Linken. Das Öffentliche, die Aufgaben und die Struktur des Staates, des Gemeinwesens steht im Mittelpunkt linker Politik.

**9.-11. November. Esslingen.** Bundesweiter Frauenworkshop der Partei Die Linke.

**23. bis 25. November. Hamburg.** 1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.

**23. bis 25. November. Nürnberg.** Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz.

**23. bis 25. November. Prag.** II. Kongreß der Europäischen Linkspartei.

**24. November. Berlin.** Beratung der BundesAG Kommunalpolitik gemeinsam mit der AG Wirtschaftspolitik der Partei

### Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

**Sonntag, 2. Dezember,  
Frankfurt am Main. Beginn 8.30 Uhr.**

Auf der Tagung soll diskutiert und entschieden werden über die Fortführung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften als ein Forum für politische Bildung und Kommunikation sowie das Konzept für die Fortführung der Zeitschrift „Politische Berichte“ (siehe ausführlicher Politische Berichte Nr. 19, Seite 18)

#### Wichtiger organisatorischer Hinweis:

Die Tagung ist öffentlich. Anmeldungen sind erwünscht. Wir wollen Sonntag früh anfangen, ca. 8.30 Uhr. Von weiterer Anreisende bitte Übernachtungswunsch anmelden bei:

Jörg Detjen, c/o GNN Verlag mbH,  
Venloer Str. 440, Toskana-Passage  
50825 Köln.  
Fax: 0221-21 53 73  
Mail: [gnn-koeln@netcologne.de](mailto:gnn-koeln@netcologne.de)

**Die Linken.** Schwerpunkt: Kommunales Eigentum. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1.

**30. November. Oldenburg.** ALSO goes WISSENSCHAFT: „Wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert“. Symposium anlässlich des 25-jährigen Bestehens der ALSO, Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg. 9 bis 22.30 Uhr, BIS-Saal der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

**2. Dezember. Frankfurt.** Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, siehe Einladung Pol. Ber. Nr. 19 auf Seite 18.

**2. bis 4. Dezember. Hannover.** CDU: 21. Parteitag (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)

**13. Januar. Berlin.** Liebknecht-Luxemburg-Gedenken.

**21. Mai 2008. Osnabrück.** 97. Deutscher Katholikentag.

**24./25. Mai. Ort noch offen.** 1. Parteitag der Partei Die Linke.

### Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
<b>2008</b>	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
<b>2009</b>	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: [www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html](http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html)